

2,00 Euro (90 Cent davon gehen an den Verkäufer)
Sonderausgabe · April / Mai / Juni 2012

Die Jerusalemmmer

Das Straßenmagazin aus dem Herzen Schleswig-Holsteins



Wer regiert uns eigentlich?

Inhalt

04



Foto: Privat

CAFÉ INTERN

Schnuppertag im Café Jerusalem..... 16

TITELTHEMA

Wer regiert uns eigentlich? 07

WORT ZUR AUSGABE

Sie haben die Wahl!..... 04

07



Foto: Schleswig-Holsteinischer Landtag

TITELTHEMA

SSW 08

Bündnis 90 / Die Grünen 12

FDP 18

SPD 24

CDU 28

Die Linke 32

16



Foto: Café Jerusalem

Nachdruck und Nebenrechte:

Nachdruck: Nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos, Bilder oder Bücher wird keine Haftung übernommen.

Das Straßenmagazin von Neumünster "Die Jerusalemmer" wird vom Café Jerusalem herausgegeben und von einer unabhängigen Redaktion gestaltet.

Die Beiträge geben die Meinung der jeweiligen Autoren wieder, die nicht notwendigerweise identisch mit der des Herausgebers oder einzelner Mitarbeiter des Café Jerusalem sein müssen.

Die Redaktion behält sich vor, eingesandte Beiträge zu kürzen. Der Abdruck von Veranstaltungshinweisen ist kostenfrei, aber ohne Rechtsanspruch und Gewähr.

Titelfoto: Schleswig-Holsteinischer Landtag



Andreas Böhm
Leitung Café Jerusalem

*Sehr geehrte Leserin,
sehr geehrter Leser,*

zu einer Zeit geboren und in einem Land aufgewachsen, wo ich in sehr vielen Bereichen meines Lebens die Möglichkeit der freien Wahl kennenlernte, muss ich gestehen, dass ich nicht immer wertgeschätzt habe, was mir da in die Wiege gelegt wurde. In meiner Kindheit und Jugendzeit habe ich mich nicht wirklich damit beschäftigt und es gab sogar Zeiten meines Erwachsenseins, in denen ich diese Freiheit nicht immer richtig einzuordnen wusste. Ich bin zwar keiner Wahl ferngeblieben, habe aber nicht alle Möglichkeiten meiner Freiheit genutzt. Seit sehr vielen Jahren ist dies - Gott sei Dank - anders. Spätestens seit meine Kinder mich in Gesprächen immer wieder herausforderten, Stellung zu beziehen und Dinge verständlicher zu machen, wusste ich, dass ich verantwortlicher mit dieser Freiheit umgehen musste. Seit ei-

niger Zeit gehen nun zwei meiner drei Kinder selbst zur Wahl und ich bin für sie und mich sehr froh, in einem Land mit diesen Möglichkeiten zu leben!

In den Monaten der Vorbereitung für diese Sonderausgabe habe ich immer wieder mit Menschen über ihre Beziehung zur Politik gesprochen. Unter anderem weil ich wissen wollte, ob und wenn ja wie das Straßenmagazin von Neumünster die Beziehung zwischen uns Bürgern und den Politikern positiv unterstützen könnte.

Seit vielen Jahren ist die Rede von der sogenannten „Politikverdrossenheit“ in unserem Land. Auch wenn die Gründe derer, die sich nicht an der Wahl beteiligen, nicht immer bekannt sind, die Zahlen sprechen für sich: Bei uns im Land – so hörten wir – rechnet man bei der Landtagswahl im Mai mit einer Wahlbeteiligung um die 50%. Das bedeutet im Klartext, dass sich rund die Hälfte an der Wahl nicht beteiligen würde.

Zur Politikverdrossenheit gehört die allgegenwärtige Kritik an denen, die unsere Kommunen, Bundesländer und auch unseren Staat regieren. Oft hat es den Anschein, dass diese Politiker von einem anderen Stern wären und so gar nichts mehr mit dem gemeinen Leben zu tun haben. Auch die Medien sind voll davon. Dabei findet etwas Zwiespältiges statt: Wir verlangen, selbst persönlich und individuell wahrgenommen und be-

handelt zu werden – gestehen es aber den Menschen in der Politik nicht zu. Da wird pauschalisiert, verallgemeinert und „über einen Kamm geschoren“. Sie sollen unsere Interessen befriedigen, ohne dass wir uns mit ihnen beschäftigen – sie vielleicht noch nicht einmal gewählt haben.

In dieser Sonderausgabe lassen wir Menschen zu Wort kommen, die Politiker sind. Wir haben die Parteien angeschrieben und eingeladen, weil wir den Wunsch hatten, ein Gegenüber im Gespräch zu haben, das man „anfassen“ kann. Nicht jede Partei kam unserer Bitte nach, aber bei jedem Kontakt war das für Menschen wichtige Miteinander zu spüren. Wir haben sie eingeladen, auch weil wir als Straßenmagazin ermutigen wollen, sich dieser Freiheit zu stellen und in ihr zu leben. Wir haben diese Ausgabe bewusst über die Wahl hinaus angelegt, damit wir unsere Gesprächspartner und die Parteien auch später noch daran messen können, was sie gesagt haben.

Als Redaktion bedanken wir uns bei Ihnen für den Kauf dieser Ausgabe. Wir wünschen Ihnen, dass Sie damit auch eine Herausforderung an sich selbst erleben und freuen uns wie immer über Ihren Beitrag als Leserreaktion.

Bis dahin, Ihr

Sie haben die Wahl!



Sie haben die Wahl!

Wirklich?

Kann man das so sagen?

Mir fallen sofort viele Widersprüche ein.

Ich hatte z.B. nicht die Wahl, als ich in der DDR geboren wurde. Wenn wir Besuch aus dem Westen bekamen, was sehr oft geschah, dann merkte ich den Unterschied zu dem, wie meine Cousins und Cousins lebten. Aber ich hatte nicht die Wahl! Die DDR konnte niemand „einfach so“ verlassen.

Ich hatte auch nicht die Wahl, dass ich Tochter eines Pastors war, und damit in der DDR noch zu denen gehörte, die eigentlich nicht „dazugehörten“. Ich konnte nicht zur Oberschule gehen, kein Abitur machen, weil ich politisch nicht organisiert war.

Aber Moment mal! Da hatte ich die Wahl. Ja, ich war vor die Entscheidung gestellt worden: Eintreten in die Freie Deutsche Jugend - dann auch Abitur. Oder nicht eintreten - dann auch kein Abitur. Ich hatte die Wahl!

Und ich habe gewählt! Ich hatte Nachteile von meiner Wahl: kein

Abitur, kein Studium, nicht den Wunschberuf. Mein Weg ging ganz anders. Doch als 1989 im Ergebnis der friedlichen Revolution die Mauer fiel, war ich froh, dass ich damals so gewählt hatte... dass ich zu meiner Überzeugung gestanden, die Nachteile ausgehalten hatte, und nun sehen konnte, wie Unrecht und Zwang in sich zusammenfielen.

Ich hatte keine Wahl – und doch habe ich gewählt.

Mir fallen ganz viele Menschen ein, die mir in den Jahren meines Dienstes als Gefängnisseelsorgerin begegnet sind. Sie hatten nicht die Wahl, in welche Familie oder eben ganz oft „Nicht-Familie“ sie hineingeboren wurden.

So viele sind mir begegnet mit der „ganz klassischen Heimkarriere“, mit falschen Freunden unterwegs, auf die schiefe Bahn geraten, plötzlich im Handgemenge... zugeschlagen... schwere Körperverletzung. Das haben viele nicht gewählt. Das ist passiert... Und dann: Gefängnis. Keine Wahl, sondern Urteil. Und danach?

Keine Wahl? Oder gibt's da noch was zu wählen?

Ich denke an viele alleinstehende Menschen, mit denen ich in meinem jetzigen Dienst (bei EmwAg e.V., „Es muss was Anderes geben.“ Lebensperspektiven für Singles. Aufbruch zur Gemeinschaft) zu tun habe: Schon immer Singles oder geschieden oder verwitwet. Sie hatten weithin nicht die Wahl. Irgendwie träumten die meisten von ihnen von einem glücklichen Leben, Partnerschaft, Kinder, Haus... und das ein Leben lang... Und dann kam alles ganz anders. Keine Beziehung oder kaputte Beziehungen oder Tod des Partners. Keine Wahl!

Es ist geschehen. Bleibt da eine Wahl?

Ich schaue mir unser Leben an und merke: Wir haben nicht die Wahl, wo wir geboren werden und aufwachsen, welche Maßstäbe uns als Kinder mit auf den Weg gegeben werden, Sprache, Kultur, soziale Schicht. Da ist schon vieles entschieden... Schicksal? Sind wir dem Leben machtlos ausgeliefert? Oder haben wir irgendeine Wahl?

Ja, wir haben die Wahl! Und das vor allem, weil eine entscheidende Wahl schon gelaufen ist.

Gott hat gewählt!

Er hat uns erwählt, egal, wo wir geboren und aufgewachsen sind, egal, was unsere Eltern uns mit auf den Weg gegeben haben... was andere mit uns gemacht oder wir angestellt haben. Er hat gewählt. Und das ändert sich nicht: Wir sind von Ihm geliebt!

Gott hat gewählt. Und es ist wie bei jeder Liebesbeziehung:

Der oder die Geliebte hat die Wahl: Die Liebe erwidern – oder lieber den Rücken kehren, ignorieren, kalte Schulter zeigen...

Wir haben die Wahl: Wir können leben als Leute, die einem blinden Schicksal ausgeliefert sind, zu kurz gekommen, schlecht behandelt, auf der Schattenseite des Lebens geboren - oder wir können unsere neue Identität entdecken und annehmen: Geliebte Gottes.

Und das macht einen Unterschied: Egal, ob wir Politiker sind, erfolgreicher Unternehmer, Angestellter oder Obdachloser. Es macht einen Unterschied, ob ich überall mich allein durchbeißen muss, mein Selbstwert abhängig ist von meinem Erfolg und von dem, was andere Menschen mir an Gunst erweisen – oder eben auch nicht. Oder ob mein Herz es ganz tief weiß: Ich bin ein geliebter Mensch.

Geliebte können anders leben!

Das habe ich im Gefängnis erlebt.

Schon die Inhaftierten, die „nur“ eine Frau oder Kinder hatten, in deren Leben „noch etwas“ von Liebe übrig war, sie lebten auch im Knast anders. Sie wussten: Es lohnt sich, durchzuhalten, wieder rauszukommen, neu anzufangen.

Wie viel mehr, wenn ich weiß: Da liebt mich ein Gott ohne Ende! Trotz allem, mitten in allen widrigen Umständen, die oft unerklärlich sind. Mitten im Leid dieser Welt, gibt es den, der uns liebt und der in all das Leid dieser Welt hinabgestiegen ist.

Der Gott, an den wir Christen glauben – das ist ja nicht der „Weltpolizist“, der von oben zuschaut, dass hier alles richtig läuft und dann die Guten belohnt und die Schlechten bestraft. So hätten wir es vielleicht ganz gern. Aber unser Gott ist ganz anders. Er, der Schöpfer und Liebhaber dieser Welt musste erleben, wie das, was ihm teuer und wert ist,

verdorben und zerstört wurde.

Der Mensch hat gewählt. Überall können wir es fast mit Händen greifen. Der Mensch hat gewählt: Autonomie, Selbstbestimmung, Konsum... Er hat Gott „abgewählt“.

Und Gottes Wahl bleibt trotzdem gültig. Er hat den Menschen gewählt. Uns!

Und deshalb haben wir die Wahl: Mitten in unserem Leben, mitten in unserem Schicksal haben wir die Wahl. Immer noch!

Wollen wir weiterleben als Autonome, selbstbestimmt Gottlose oder wollen wir neu wählen? Seine Liebe, Seine Vergebung, Seine Zuwendung. Das macht einen Unterschied, einen gewaltigen!

Sie haben die Wahl!

Da fallen mir wieder Menschen aus dem Gefängnis ein....



Foto: Café Jerusalem

Ich habe mit zahlreichen Ehrenamtlichen zusammen gearbeitet. Unser Anliegen war es, den Inhaftierten deutlich zu machen, dass sie immer noch eine Wahl haben. Und ich denke an Bente F. (Name geändert), der in übelstem Umfeld aufgewachsen ist. Schon als 5-jähriger hat er bei Familienfeiern die herumstehenden Alkoholgläser geleert. Ich lernte ihn kennen als einen total kaputten Mann mit über 40. Es gab in seinem Leben eigentlich nichts, was „funktionierte“, nichts Heiles, nichts was Grund zur Hoffnung gab.

Einer der Ehrenamtlichen „entdeckte“ ihn und wurde sein Vollzugshelfer. Andere trafen ihn in einer Gesprächsgruppe und verbrachten Zeit mit ihm.

Und mitten drin in all dem Kaputten seines Lebens sagten wir ihm immer wieder: „Du hast die Wahl. Wenn du hier rauskommst, ist es deine Entscheidung, wie es weitergeht.“

Es war ein Auf und Ab, ein Hin und Her. Es war so gut, dass niemand von uns Ehrenamtlichen allein mit ihm unterwegs war, sondern er immer wieder einen anderen von uns als Gegenüber haben konnte. So wurde keiner von uns überfordert; und er hörte es nicht nur von einem, sondern von einigen: „Du hast die Wahl!“

Irgendwann war es so weit. Er wählte. Vor einigen Wochen feierten wir seine Taufe, ein großes

Fest. Er hat neu gewählt.

Das ist nicht das Ende, sondern erst der Anfang.

Wie nach einer Landtagswahl ja auch nicht alles vorbei ist, sondern es erst richtig losgeht. Die neue Regierung muss nun Entscheidungen treffen und umsetzen.

Die Wahl, die jemand trifft, wenn er sich hat taufen lassen, setzt eine neue Regierung ein. Und jetzt gilt es, das Leben nach neuen Ordnungen einzuüben. Nicht mehr einem blinden Schicksal ausgeliefert, sondern einem Gott anvertraut, der liebt ohne aufzuhören, trotzdem und immer noch!

Und noch was fällt mir ein: Wenn

wir unserem Schicksal oder unserer Einsamkeit ausgeliefert, uns gerade so im Selbstmitleid baden, dann haben wir immer noch die Wahl, so sagte es mir vor kurzen eine Frau: „Da drin sitzen bleiben in der Badewanne des Selbstmitleids oder den Stöpsel ziehen.“ Diese Wahl bleibt uns immer noch!

Und wenn wir den Stöpsel ziehen und aussteigen aus allem Selbstmitleid (selbst wenn es berechtigt ist, hilft es uns nicht weiter), dann können wir wählen, wie es weitergeht:

Allein oder im Vertrauen zu diesem Gott, der uns liebt und der alle Tiefen unseres Lebens mit uns gemeinsam durchstehen will.

Zur Person:

Astrid Eichler, geb. 1958 in Ludwigslust in Mecklenburg, ursprünglich Krankenschwester, studierte von 1982 bis 1986 Theologie am Paulinum in Ost Berlin. Von 1988 bis 2004 war sie Pfarrerin in kleinen Landgemeinden in der Prignitz, Evangelische Kirchengemeinde Buchholz. Seit 1996 ließ sie ihr Dienstverhältnis auf 50% eingeschränken, damit sie Freiraum hat für die Mitarbeit in verschiedenen Projekten und Initiativen (z. B. Jesustag e.V., Aufatmen u.a.) und als Sprecherin bei Tagungen und Seminaren.

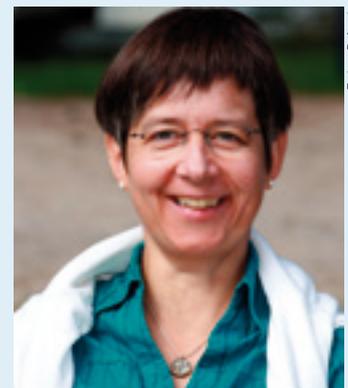


Foto: Privat

Sie war Vorsitzende eines missionarischen Trägervereins „Leben für alle“ Prignitz e.V. und gründete im Jahr 2000 mit engagierten Christen zusammen einen missionarischen Fußballverein. Von 2005 bis 2010 war sie in der Gefängnisseelsorge in Berlin tätig. Seit 2011 ist sie von ihrer Landeskirche freigestellt und als Bundesrefentin für EmwAg e.V. („Es muss was Anderes geben.“ Lebensperspektiven für Singles. Aufbruch zur Gemeinschaft, www.emwag.de) unterwegs.

Bücher:

Gott hat gewonnen. 2003

Es muss was Anderes geben. Lebensperspektiven für Singles. 2006

Es gibt was Anderes. Gemeinschaftliches Leben für Singles und Familien. 2010



Landtagswahl 2012

Wir wollen's wissen...

Wir haben uns für Sie ins Zeug gelegt und durch einen bunten Fragenkatalog versucht, den Landtagswahl-Kandidaten auf's politische und menschliche Herz zu schauen. Dazu haben wir Fragen an die Parteien versendet, uns mit einigen Abgeordneten getroffen und die Antworten exklusiv für unser Straßenmagazin in dieser Sonderausgabe zusammengestellt. Die Parteien erscheinen dabei in der Reihenfolge, in der sie uns geantwortet haben. Aber hier zunächst die Fragen:

1. Der demographische Wandel stellt uns vor enorme Herausforderungen. Das betrifft bspw. die Infrastruktur in ländlichen Regionen, die Dynamisierung der Arbeitswelt, veränderte Familienstrukturen und die Chancen für die jungen Generationen. Was möchten Sie tun, um dies im Sinne einer vorausschauenden Politik mitzugestalten?

2. Die Jugendarbeitslosigkeitsquote lag in Schleswig-Holstein im August 2011 bei 7,6 %. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, damit mehr junge Menschen in Ausbildung und Beruf kommen? Wo sehen Sie die Ursachen für die hohe Jugendarbeitslosigkeit?

3. Über Mindestlöhne und Leiharbeit wird kontrovers diskutiert. Wie positioniert sich Ihre Partei zu diesem Thema?

4. Was würden Sie einer jungen Familie oder einer alleinerziehenden Mutter sagen, warum es sich lohnt, in Schleswig-Holstein zu leben? In welchen Bereichen der Familienpolitik sehen Sie besonderen Handlungsbedarf?

5. Kinder brauchen gute Angebote für Betreuung, Erziehung und Bildung. Was möchten Sie in der Bildungspolitik konkret anpacken?

6. Das Zentralabitur, die Festlegung standardisierter Lehrinhalte und die Komprimierung der Schulzeit am Gymnasium (G8) wird mit dem Argument der Vergleichbarkeit der Bildungsabschlüsse in Europa vorangetrieben. Was kann und sollte Schule heute leisten?

7. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer weiter. Dies erleben wir als soziale Einrichtung tagtäglich. Das darin steckende enorme Konfliktpotential wird noch von einem leistungsfähigen Wohlfahrtsstaat aufgefangen. Welche Maßnahmen und strukturellen Änderungen halten Sie für notwendig, um dieser Entwicklung nachhaltig entgegenzuwirken?

8. Wie häufig und für welche Zwecke nutzen Sie das Internet?

9. Die Freiheit im Internet ist wichtig. Und doch muss das Internet den Regeln des Rechtsstaates unterworfen werden. Das Internet ist aber vor allem auch ein wichtiger Teil unserer freiheitlich-demo-

kratischen Gesellschaft. Was tun Sie dafür, dass dies so bleibt (z.B. bei den Internetangeboten von Behörden)?

10. Bitte ergänzen Sie spontan: „Demokratie ist für mich ...“.

11. Wie dürfen wir uns die Energieversorgung in Schleswig-Holstein im Jahr 2020 vorstellen, wenn es nach Ihren energie- und umweltpolitischen Plänen geht?

12. Ein Viertel der Fläche von Schleswig-Holstein (3.700 km²) zählt zu den überflutungsgefährdeten Küstenniederungen. Angesichts des Klimawandels wird der Meeresspiegel steigen und dieses Gebiet gefährden. Mit welchen Maßnahmen sollte die Küstenregion geschützt werden, damit der Lebensraum erhalten bleibt?

13. Wir haben Landtagswahlen wegen einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Können Sie uns dies bitte erklären? Und was bedeutet der Begriff "Überhangmandat"?

14. Welche Eigenschaften machen Sie zu einem „Vollblutpolitiker“? Worin finden Sie Ausgleich und Regeneration?

15. Ende 2010 betrug die Schulden des Landes Schleswig-Holstein 26 Mrd. Euro. Um Etat-kürzungen kommt wohl keine Landesregierung angesichts der hohen Verschuldung herum. Wo setzen Sie den Rotstift an?

Landtagswahl 2012...

Die Antworten der SSW-Spitzenkandidatin Anke Spoorendonk

Zu Frage 1 – Demographischer Wandel: Die Veränderungen in der Sozialstruktur stellen besonders die Kommunen vor große Herausforderungen, da die Folgen dieses Prozesses dort für die Bürgerinnen und Bürger sichtbar und spürbar werden. Deshalb will der SSW, dass das Land die Kommunen dabei unterstützt, Konzepte für eine kommunale Planung des demographischen Wandels vor Ort zu erarbeiten. Außerdem muss das Land verstärkt Projekte zum „Mehrgenerationen-Wohnen“ unterstützen und umsetzen. Der SSW fordert einen Demenzplan für Schleswig-Holstein und setzt sich für finanzielle Anreize für die Ansiedlung von Ärztinnen und Ärzten im ländlichen Raum und für die Zahlung von Sicherstellungszuschlägen ein, um eine ausreichende medizinische Versorgung auf dem Land zu sichern. Dazu gehören auch der Ausbau der integrativen Versorgung und die Schaffung durchlässiger Versorgungsstrukturen zwischen ambulanter und stationärer Versorgung. Um zu verhindern, dass die nachwachsenden, viel kleineren Generationen ins Hintertreffen geraten, setzen wir uns dafür ein, dass die politischen Mitspracherechte von Kindern und

Jugendlichen ausgeweitet werden.

Zu Frage 2 – Jugendarbeitslosigkeit: Trotz des Umbaus der Bundesagentur für Arbeit werden immer noch zu viele Ressourcen für die Verwaltung von Arbeitslosen statt für die Vermittlung Arbeitsuchender eingesetzt. Die zentralistische Verwaltung aus Nürnberg kann nicht ausreichend auf die unterschiedlichen Rahmenbedingungen der einzelnen Regionen eingehen. Die Arbeitsmarktpolitik muss in weit größerem Umfang von den Kommunen gestaltet werden. Die Verantwortlichen vor Ort können viel besser einschätzen, welche Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen - auch und gerade für junge Arbeitssuchende in einer Region - die richtigen sind. Der Schlüssel zur Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit liegt in der Bildung. Der SSW will, dass beispielsweise das schleswig-holsteinische Zukunftsprogramm Arbeit nach der aktuellen Förderperiode 2007-2013 weitergeführt wird, um weiterhin aktiv Wachstum und Beschäftigung zu fördern und allen Menschen die Chance auf Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen. Nur so erreichen wir das übergeordnete Ziel, allen Menschen die gleichen Chancen zu geben.

Zu Frage 3 – Mindestlohn/ Leiharbeit: Der SSW fordert die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns, von dem man leben kann. Die genaue Höhe des Mindestlohnes soll eine Kommission bestehend aus den Tarifpartnern und Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlern festlegen. Auch die Sicherung von akzeptablen Ausbildungsvergütungen muss in die Diskussion um den Mindestlohn mit einbezogen werden.

"Das Lohnempfinden in unserem Land ist unterschiedlich. Für mich ist Deutschland ein Billiglohnland! Wir müssen ins Gespräch darüber kommen, wie wir dies ändern können. Wir brauchen Strategien, wie wir eine effektive Förderung schaffen, die eben auch die Freude, Eigenverantwortung zu üben, fördert."

Der SSW will wieder ein Tariftreuegesetz für Schleswig-Holstein, das sicherstellt, dass öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die den bei uns ortsüblichen Lohn zahlen. Der SSW setzt sich dafür ein, dass bei der Leiharbeit das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gilt. Leiharbeiter dürfen in einem Betrieb nicht schlechter als die Stammebelegschaft bezahlt werden. Um Missbrauch zu vermeiden muss das so genannte „Synchronisationsverbot“ strikt angewendet werden. Es bedeutet, dass Leiharbeitsfirmen ihre Angestellten nicht je nach Auftragslage heuern und feuern dürfen.

Zu Frage 4 – Familienpolitik:

Schleswig-Holstein ist auf jeden Fall lebens- und liebenswert. Schleswig-Holstein ist aber leider auch bundesweites Schlusslicht, wenn es um Kinderkrippen und Kindergärten geht. Deshalb setzt der SSW sich für eine konsequente Verbesserung der Kinderbetreuung und eine stabile und solide Finanzierung von Kindergärten, gebundenen Ganztagessschulen und Jugendfreizeitangeboten ein, um die vielbeschwo-rene Vereinbarkeit von Familie und Beruf endlich zu realisieren.

Zu Frage 5 – Kinderbetreuung:

Der SSW setzt sich dafür ein, dass der Rechtsanspruch auf einen Ganztagskindergarten in Zukunft für alle Eltern gilt – auch für Arbeitslosengeld II-Empfänger. Die

vorschulische Bildung in den Kindergärten ist wichtig für die Entwicklung aller Kinder. Das Land und der Bund müssen die Kommunen dabei finanziell unterstützen, den geforderten Ausbau der Betreuungsplätze für Unter-3-Jährige bis 2013 zu schaffen. Neben einem Ausbau der Angebote für Unter-3-Jährige brauchen wir vor allem eine bessere Qualität in den Kindergärten. Dies geht nur, wenn genügend pädagogisch qualifiziertes Personal zur Verfügung steht und die Gruppengrößen wieder reduziert werden. Der SSW verfolgt weiterhin als langfristiges Ziel, dass der Besuch des Kindergartens für die Familien kostenlos ist. Dieses muss schrittweise, beginnend mit dem letzten Kindergartenjahr, verwirklicht werden. Al-

lerdings kommen wir nicht um die realistische Einsicht herum, dass das Land sich dies in der kommenden Wahlperiode nicht leisten kann – schon gar nicht, wenn gleichzeitig die Qualität der Einrichtungen verbessert werden soll.

Zu Frage 6 – Schulpolitik:

Bildung ist von unermesslicher Bedeutung, wenn es darum geht, eine gerechte Gesellschaft zu schaffen. Sie ist entscheidend dafür, dass die Kinder in Schleswig-Holstein möglichst die gleichen Lebenschancen haben, egal wo und von wem sie geboren werden. Gerade in diesem Zusammenhang spielt es eine sehr große Rolle, wie unser Bildungssystem zusammengeschaubt ist. Die Bildungspolitik des Landes entscheidet mit darüber, welche Chancen jedes einzelne Kind auf eine möglichst gute Bildung hat und welche Chancen eine gesamte Region und die dort ansässigen Unternehmen auf eine gute wirtschaftliche Entwicklung haben.

Im Umkehrschluss heißt dies, dass Bildung nicht nur in Schulen stattfindet, sondern auch im außerschulischen Bereich. Schule selbst ist aber mehr als eine Bildungseinrichtung. Wer gern den Begriff „Schule“ definieren möchte, kommt daher nicht drum herum, sie auch als Lernwerkstatt der Demokratie und der Gesellschaftsfähigkeit zu sehen. Genau aus diesen Gründen ist es nach Meinung des SSW wichtig, dass sich Schule auch immer der Verantwortung stellt, die junge Generation zu selbstständigen und selbständig



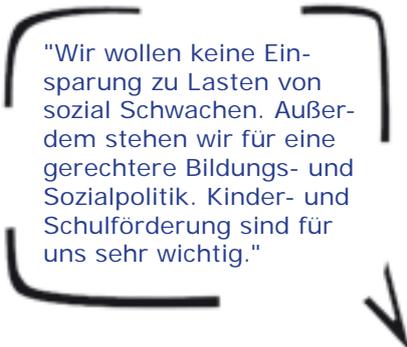
(Foto Café Jerusalem)

denkenden Menschen zu erziehen. Nicht das Bild des Nürnberger Trichters ist gefragt, sondern das des Trainers, um alle Arten von Intelligenz zu trainieren, nicht zuletzt auch die kreative Intelligenz.

Zu Frage 7 – Armut: Der SSW steht für einen Wohlfahrtsstaat nach skandinavischem Vorbild. Die grundlegenden sozialen Aufgaben dürfen nicht Tafeln und anderen karitativen Einrichtungen überlassen werden, sondern müssen von der öffentlichen Hand bewältigt werden.

Um den Sozialstaat erhalten zu können, müssen diejenigen mit den breitesten Schultern mehr herangezogen werden. Wir brauchen ein gerechteres Steuersystem, bei dem der Spitzensteuersatz angehoben, die vielen Steuerschlupflöcher geschlossen, die Erbschaftssteuer angehoben, der Ehegattensplitting-Vorteil zugunsten von Familien mit Kindern abgeschafft und die Vermögenssteuer wieder eingeführt werden. Die Einnahmen aus diesen Maßnahmen könnten zielgerichtet denjenigen zugutekommen, die dringend mehr Unterstützung benötigen. Zur Entlastung von denen, die wenig verdienen, muss schnellstmöglich eine Reform der Mehrwertsteuer durchgeführt werden, bei der endlich unsinnige und ungerechte Ausnahmetatbestände abgeschafft werden. Der SSW fordert außerdem einen umfassenden Ausbau der schleswig-holsteinischen Steuerfahndung, damit alle wirklich ihren gerechten Beitrag zur Gemeinschaft leisten.

Die Ursache der steigenden Armut liegt vor allem in dem niedrigen Einkommensniveau bei den Durchschnitts- und Geringverdienern. Das große Wachstum des Niedriglohnssektors hat dazu geführt, dass viele Menschen nicht mehr von ihrer Arbeit leben können und trotz Vollzeitarbeit als sog. „Aufstocker“ ergänzendes Arbeitslosengeld II beziehen müssen. Verstärkt wird die Armutsgefahr dadurch, dass die Sätze des Arbeitslosengeldes auf Basis der Niedrigeinkommen berechnet werden.



"Wir wollen keine Einsparung zu Lasten von sozial Schwachen. Außerdem stehen wir für eine gerechtere Bildungs- und Sozialpolitik. Kinder- und Schulförderung sind für uns sehr wichtig."

Der SSW fordert die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns, von dem man leben kann. Wir setzen uns dafür ein, dass bei der Leiharbeit das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gilt. 400-Euro-Jobs müssen dort abgebaut werden, wo sie sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze gefährden, wo die Arbeits- und Lohnbedingungen nicht tragbar sind und wo sie keine längerfristige berufliche Perspektive beinhalten. Die Arbeitslosengeld II-Sätze müssen grundsätzlich angehoben werden, um die Armut zu bekämpfen. Die Erhöhung um fünf Euro in 2011 war ein Hohn für die Betroffenen und gleicht nicht einmal den Anstieg

der Lebenshaltungskosten aus. Die Überschuldung und die Privatinsolvenzen in Schleswig-Holstein haben dramatisch zugenommen und treffen längst auch Mittelstandsfamilien. Der SSW setzt sich dafür ein, dass die Arbeit der Schuldnerberatungsstellen in SH gestärkt wird.

Zu Frage 8 – Internet: Ich bin täglich zumindest kurz im Netz und nutze das Internet vor allem für die Kommunikation über Email, Skype und Facebook sowie für aktuelle Nachrichten und die Informationssuche. Außerdem erreichen mich immer wieder direkte Anfragen über Facebook, Abgeordnetenwatch und andere Plattformen.

Zu Frage 9 – Informationszugang: Der SSW hat dafür gesorgt, dass Schleswig-Holstein 1999 ein Informationsfreiheitsgesetz bekam, das den Bürgerinnen und Bürgern das Recht auf Einblick in Informationen des Landes und der Kommunen gibt. Der freie Zugang zu Informationen kommt für mich einem Bürgerrecht gleich, das gilt für das Internet, aber auch für Bibliotheken und andere Informationskanäle. Das Internet bietet viele Chancen, die Demokratie weiter zu entwickeln und den Staat transparenter und bürgerfreundlicher zu gestalten, indem möglichst viele Informationen öffentlich zugänglich sind und möglichst viele Behördengänge vom Computer erledigt werden können. Es bleibt aber ein beständiger Kampf, darauf zu achten, dass die technologische Entwicklung unsere Gesellschaft nicht

spaltet, weil manche Menschen keinen Zugang zum Computer haben oder nicht mehr den Anschluss an die technische Entwicklung finden. Der SSW setzt sich u.a. dafür ein, dass alle Menschen in öffentlichen Bibliotheken kostenlosen Zugang zum Internet haben.

Zu Frage 10 – Demokratie: Demokratie ist für mich... nicht nur ein gesellschaftliches System, sondern mehr als alles andere eine Art des Zusammenlebens, die von der Gleichwertigkeit aller Menschen ausgeht. Demokratie muss gelebt werden, ansonsten verkümmert sie.

Zu Frage 11 – Energieversorgung: Es gäbe keine Atom-, Kohle- oder Gaskraftwerke mehr in Schleswig-Holstein. Der Strom würde dezentral zu 100 % aus erneuerbaren Energien hergestellt werden. Wir würden in SH einen ausgewogenen Energiemix aus Wind, Sonne und Wasser sowie aus Biogas haben und über den eigenen Energiebedarf hinaus produzieren. Alle öffentlichen und privaten Gebäude wären komplett energieautark aus erneuerbaren Energien.

Zu Frage 12 – Küstenschutz: Allgemein muss künftig mehr im Bereich des Küstenschutzes investiert werden. Aufgrund des Klimawandels muss die Forschung von alternativen Küstenschutzmaßnahmen stärker gefördert werden. Wir kommen aber nicht umhin, die Deiche zum Teil auch zu erhöhen. In den gefährdeten Niederungsbe-

reichen müssen Hochwasserszenarien stärker in der Bauleitplanung berücksichtigt werden.

Zu Frage 13 – Landes(!)verfassungsurteil: Es ist nicht vermittelbar, dass eine Regierung eine Mehrheit im Parlament bekommen kann, ohne dass die Regierungsparteien zusammen die Mehrheit der Zweitstimmen bekommen haben. Eben deshalb hat der SSW ja mit den Grünen beim Landesverfassungsgericht geklagt – und Recht bekommen.

Zu Frage 14 – Politikereigenschaften: Ich engagiere mich rund um die Uhr dafür, dass unsere Gesellschaft etwas sozialer, gerechter und bürgernäher wird. Das könnte ich nicht, wenn ich nicht mit Leib und Seele für die Politik brennen würde. Erholung finde ich beim Radfahren, beim Lesen schwedischer Krimis und bei viel zu seltenen Besuchen bei meinen Kindern und Enkeln, die leider nicht in der Region leben.

Zu Frage 15 – Haushaltskonsolidierung: In Zeiten leerer Kassen ist nichts leichter, als mit dem Rotstift möglichst viel wegzustreichen. Unser Land soll aber immer noch gut funktionieren und lebenswert sein, wenn die Zeiten wieder besser werden. Deshalb setzt der SSW sich für eine Haushaltskonsolidierung ein, die nicht nur kürzt, sondern die auch die Einnahmen des Landes erhöht und damit die schlimmsten Härten vermeidet. Wenn die Sanierung des Lan-

deshaushalts gelingen soll, führt trotzdem kein Weg an sozialverträglichen Personaleinsparungen vorbei. Der SSW setzt sich für eine permanente Aufgabenkritik ein, bei der die Aufgaben des Landes hinterfragt werden. Durch den Wegfall „bürgerferner“ Leistungen können Kosten reduziert und Mittel für wichtige Dienste frei werden.

Dasselbe gilt für eine klarere Aufgabenverteilung zwischen Land und Kommunen. Personaleinsparungen im Bildungsbereich lehnen wir aber ab, solange das Betreuungsangebot und die Bildungsqualität nicht stimmen. Außerdem wird es mit dem SSW keine existenzbedrohenden Kürzungen bei den unverzichtbaren sozialen Einrichtungen geben. Für manche ist die Versuchung zu groß, bei den sozialen Hilfen für jene Menschen zu sparen, die keinen Widerstand organisieren können. Hierzu gehören Hilfen für besonders schwache Gruppen, wie Obdachlose, Drogenabhängige, HIV-Positive, psychisch Kranke oder Gewaltopfer. Dazu gehören aber auch die Angebote für Kinder und Jugendliche, Frauen, Familien und für Menschen mit Behinderung. Existenzbedrohende Kürzungen bei sozialen Einrichtungen und Selbsthilfegruppen sind nicht nur unsozial. Sie sind auch dumm, weil dadurch längerfristig viel höhere Folgekosten für ungelöste soziale Probleme anfallen.

Landtagswahl 2012...

Die Antworten des Grünen-Spitzenkandidaten Robert Habeck

Zu Frage 1 – Demographischer Wandel: Der demografische Wandel wird unsere Gesellschaft in den kommenden Jahren immer stärker verändern. Dies muss dazu führen, dass die Gestaltung dieser Veränderungen ein weit höheres Gewicht auch in der Landespolitik erhält. Es gibt jedoch keine fertigen Antworten, die für alle Landestelle gelten. Deshalb brauchen wir sowohl für die Kreise, Kommunen und kreisfreien Städte als auch landesweit einen Masterplan Demographie, der alle Lebensbereiche, Infrastruktur und Umwelt erfasst. Der erfolgreiche „nordfriesische Weg“ soll hierbei als Leitgedanke gelten. Zudem müssen sich alle Ausgaben des Landes im Rahmen von Förderprogrammen einem Demographie-Check unterziehen.

Die Entwicklung in der Bevölkerungsstruktur erfordert ein ganz besonderes Augenmerk auf die ländlichen Räume. Gewachsene Strukturen, auch in den Städten, verändern sich dramatisch, Versorgungslücken entstehen in der gesamten Bandbreite der Daseinsvorsorge und müssen mit neuen, klugen Strategien ersetzt werden.

Die Mobilität im ländlichen Raum stellt eine entscheidende Heraus-

forderung dar. So erfordert die demographische Entwicklung einen nachhaltigen und flexiblen Umbau der öffentlichen Verkehre. Ohne zusätzliches bürgerliches Engagement wie zum Beispiel in Form von ehrenamtlichen Bürgerbussen, Pendler-Portalen und Sharing-Konzepten wird dies nicht zu leisten sein. Sich leerende Räume müssen nicht zwangsläufig einhergehen mit dem Verlust von Lebensqualität und Wirtschaftlichkeit. Im Gegenteil: Naturräume sind wertvoll und können als Freizeit- und Erholungsorte genutzt werden.

Die Generation 60+ ist heterogen in ihren Vorstellungen vom Leben im Alter. Doch ob allein lebend, in Partnerschaft, Wohngemeinschaft oder betreutem Wohnen, im Grunde sind die Wohnbedürfnisse ähnlich wie die von Familien und jungen Menschen. Ausschlaggebend für ein würdevolles Leben wird immer mehr das Wohnumfeld und dessen Gestaltung: quartiersnahe Versorgung mit ÄrztInnen und Einkaufsmöglichkeiten, ein guter ÖPNV und eine gut funktionierende Nachbarschaftshilfe. Ein erholsames Umfeld mit verkehrsberuhigten Zonen, Grünanlagen und sozialen Treffpunkten in fußläufiger Entfernung steigern die

Lebens- und Wohnqualität erheblich. Diese Vorstellungen entsprechen auch den Wünschen vieler junger Familien, so dass sich durch quartiersgestaltende Maßnahmen im generationenübergreifenden Zusammenleben die bunte Vielfalt der Bevölkerung widerspiegelt.

Nicht zuletzt wird eine erfolgreiche Gestaltung des demografischen Wandels auch davon abhängen, dass wir in Schleswig-Holstein den Zuzug neuer MitbürgerInnen aus Deutschland, Europa und der Welt aktiv und attraktiv gestalten.

Zu Frage 2 – Jugendarbeitslosigkeit: Auch wenn die Jugendarbeitslosigkeit im europäischen Vergleich erfreulich niedrig ist, besteht hier weiterhin großer Handlungsbedarf. Eine zentrale Ursache sehen wir darin, dass unser Bildungssystem nicht durchlässig ge-



Dr. Robert Habeck ist Fraktionsvorsitzender und Spitzenkandidat der Grünen in Schleswig-Holstein.

(Foto: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, LV Schleswig-Holstein)

nug ist. Alle Untersuchungen zeigen, dass Kinder und Jugendliche aus so genannten finanzschwachen Familien statistisch gesehen deutlich schlechtere Chancen haben, einen guten Bildungsabschluss zu erlangen. Dies wollen wir ändern, indem wir einen großen Anteil der durch den SchülerInnen-Rückgang freiwerdenden Mittel im Bildungssystem belassen wollen. Wir erwarten davon unter anderem, dass die Schulklassen kleiner werden und zusätzliche Lehrkräfte bei Bedarf Unterricht geben können.

Kurzfristig sehen wir Bedarf an weiteren praxisorientierten Angeboten bspw. für Schulabbrecher, die die Jugendlichen individuell auf ein Arbeitsleben vorbereiten.

Zu Frage 3 – Mindestlohn/Leiharbeit: Die Grünen Schleswig-Holstein setzen sich für einen bundesweiten Mindestlohn von 8,50 Euro/Stunde ein. Genauso erwarten wir, dass gleiche Arbeit auch mit dem gleichen Gehalt entlohnt wird. Im Landtag wurde dieses Jahr unser Entwurf eines Landesmindestlohngesetzes (Drucksache 17/2380) von CDU und FDP abgelehnt.

Zu Frage 4 – Familienpolitik: Der Ausruf „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“ ist seit 30 Jahren zentraler Leitgedanke grüner Politik. Diesen Anspruch versuchen wir in allen Feldern der Politik, vom Umwelt- und Naturschutz bis zur Finanzpolitik, zu erfüllen. Wir glauben, dass Familien am besten geholfen wird, wenn wir

die begleitenden Institutionen Kindergarten, Schule und Universitäten stark und bezahlbar machen. Nicht umsonst klammern wir den Bildungsbereich bei der notwendigen Entschuldung der öffentlichen Haushalte aus.

Aber auch in den Bereichen Ernährung, Mobilität und Wohnraum achten wir auf die Bedürfnisse junger Familien. Gesunde Lebensmittel, bezahlbarer Wohnraum und ein funktionierender flächendeckender ÖPNV sind Messpunkte guter Politik.

Zu Frage 5 – Kinderbetreuung: Auch in Zeiten knapper öffentlicher Kassen wollen wir im Bildungsbereich einen Schwerpunkt setzen. Zumindest bis 2015 wollen wir die durch den Rückgang der SchülerInnen theoretisch frei werdenden Mittel voll im Bildungssystem belassen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Einnahmen der Länder durch Bundesgesetzgebung gestärkt werden, um die notwendigen Investitionen in Bildung finanzieren zu können.

Wir wollen die freiwerdenden Mittel in die Einführung einer landesweit einheitlichen Kita-Sozialstaffel, in ein Qualitätspaket für Kita-Fachkräfte, in ein Lehrerbildungspaket, auf Hochschulebene in neue Studienplätze sowie in ein Maßnahmenpaket zur Teilentlastung der strukturellen Unterfinanzierung der Universitäten in Schleswig-Holstein investieren.

Auf Bundesebene kämpfen wir für die Umwandlung des Soli-Ost in einen Bildungssoli und für die

Abschaffung des Kooperationsverbots, damit der Bund sich auch finanziell in der Bildungspolitik engagieren kann. Wir werden – wie das in anderen Bundesländern der Fall ist – frühkindliche Bildung und Schulen im ländlichen Raum auch über die Strukturförderung der EU unterstützen.

Zu Frage 6 – Schulpolitik: Unsere Schulen der Zukunft zählen nicht die Fehler, vielmehr ermutigen sie zum nächsten Schritt. Sie legen das Potenzial der Jungen und Mädchen frei und entlassen alle mit gestärktem Selbstvertrauen und einer Lebensperspektive.

Wir müssen uns die Frage stellen, warum so viele Jugendliche die Schulen frustriert und gescheitert verlassen. Der Erfolg guter Schulen beschränkt sich nicht auf gute Abschlussnoten, der Erfolg guter Schulen macht aus, dass alle gefördert und herausgefordert werden – gleich, ob ein Kind mit einem schwierigen Umfeld zu kämpfen hat, mit Behinderungen leben muss, hochbegabt ist oder durch sein Verhalten ganz neue Formen der Zusammenarbeit herausfordert. Auf lange Sicht streben wir durch gemeinsames Lernen geprägte Gemeinschaftsschulen an.

Zu Frage 7 – Armut: Die stetig auseinander gehende Schere zwischen Arm und Reich ist eine in der Politik immer noch unterschätzte Entwicklung, die den Zusammenhalt unserer Gesellschaft in Gefahr bringt. Auf Landesebene haben wir gesetzgeberisch nur einen geringen Einfluss auf diese Entwicklung,

aber wo wir etwas tun können, versuchen wir es. Ein Beispiel ist unser Entwurf eines Landesmindestlohngesetzes. Auch bedauern wir, dass die grundsätzliche und lösungsorientierte Auseinandersetzung mit der Einkommens- und Vermögensverteilung im Land keine Rolle spielt. Wir wollen deshalb, dass die Landesregierung einmal je Legislatur über die Einkommens- und Vermögensverteilung in Schleswig-Holstein dem Parlament berichtet. Armut darf in unserer reichen Gesellschaft nicht hingenommen werden.

Zu Frage 8 – Internet: Ich nutze das Internet täglich auch mobil zur Kommunikation per E-Mail und sozialen Medien sowie um mich auf dem Laufenden zu halten.

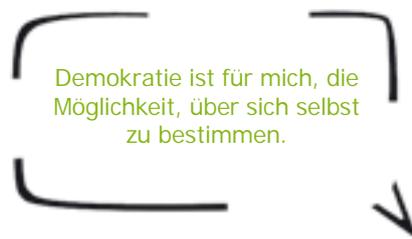
Zu Frage 9 – Informationszugang: Wir sehen den Zugang zum Internet als Bürgerrecht. Die Verfügbarkeit von schnellen Internetanschlüssen ist in Schleswig-Holstein weiterhin alarmierend schlecht. Ein Breitbandzugang ist in der Wissensgesellschaft unabdingbare Grundlage eines zeitgemäßen Lebensumfeldes und elementar für soziale Teilhabe im 21. Jahrhundert. Wir werden uns (auch auf Bundesebene) für einen zügigen und konsequenten Ausbau der Breitbandversorgung in ganz Schleswig-Holstein einsetzen. Davon wird besonders der ländliche Raum profitieren.

Darüber hinaus werden wir öffentliche und privatwirtschaftliche Vorhaben, die einen Ausbau von

kostenfreien WLAN-Netzwerken zum Beispiel in Städten oder im ÖPNV zum Ziel haben, aktiv unterstützen.

Weiteren Handlungsbedarf sehen wir im Bildungsbereich. Medienkompetenz ist die Grundvoraussetzung, um selbstbestimmt an der digitalen Welt teilzuhaben. NutzerInnen müssen nicht nur lernen, wie man den Computer bedient, um ins Internet zu kommen. Sie müssen auch wissen, wie man im Netz mit den eigenen Daten umgeht, welche Angebote gefahrlos genutzt werden können, wie man Meldungen in einem Blog kritisch bewertet oder was bei Cybermobbing zu tun ist. Wir wollen eine generationenübergreifende Medienbildung als roten Faden in alle staatlichen Bildungsangebote verweben.

Zu Frage 10 – Demokratie ist für mich ...



Zu Frage 11 – Energieversorgung: Im Jahr 2020 ist Schleswig-Holstein Stromexporteur, weil wir mindestens drei mal mehr Strom aus regenerativen Energien erzeugen, als wir verbrauchen werden. Neue effiziente Technologien werden es ermöglichen, dass wir uns verstärkt ohne Zuwachs im Gesamtstromverbrauch elekt-

risch und ohne fossile Brennstoffe fortbewegen. Dazu wird das AKW Brokdorf als letztes AKW endlich abgeschaltet sein.

Auch beim Betrieb der Anlagen wird es eine wesentliche Entwicklung geben. Gemeinden und BürgerInnen werden (Mit-)BetreiberInnen von Windparks und anderen Anlagen und des Stromnetzes sein. Damit verbleibt ein Teil der Wertschöpfung im Land und stärkt unsere Region.

Zu Frage 12 – Küstenschutz: Der Küstenschutz an Nord- und Ostsee ist elementar für Schleswig-Holstein. Hier müssen wir angesichts des durch den Klimawandel beschleunigten Meeresspiegelanstiegs neue, flexible Strategien entwickeln. Küstenschutz muss die Kräfte der Natur einbinden, anstatt sie auszugrenzen und den Schutz der Menschen vor Sturmfluten sowie den Erhalt des einmaligen Naturraums Wattenmeer auch bei steigendem Meeresspiegel sicherstellen. Sandvorspülungen und Überlaufdeiche sind in der Regel besser als Steinbauwerke und Buhnen.

Zu Frage 13 – Landes(!) verfassungsgerichtsurteil: In Schleswig-Holstein haben alle WählerInnen bei der Landtagswahl zwei Stimmen. Mit der Erststimme wird die KandidatIn des Wahlkreises gewählt, die die WählerInnen im Landtag sehen wollen. Mit der Zweitstimme wird die Landespartei gewählt, damit bestimmen die WählerInnen, wie stark die jewei-

lige Partei im Landtag vertreten sein wird. Schleswig-Holstein wählt in 35 Wahlkreisen insgesamt 69 Abgeordnete. Das Wahlrecht führt jedoch mit großer Wahrscheinlichkeit dazu, dass der Landtag größer als 69 Abgeordnete sein wird. Diese weiteren Mandate werden Überhangmandate genannt.

Ein Beispiel: 1. Schritt: Eine Partei X erringt über die Zweitstimme 20 der 69 Sitze im Landtag. Gleichzeitig werden in den 35 Wahlkreisen mit der Erststimme 25 KandidatInnen der Partei X gewählt. Alle 25 WahlkreiskandidatInnen ziehen in den Landtag ein. Der Landtag vergrößert sich also um 5 (Überhang-)Mandate für eine Partei.

2. Schritt: Da Partei X nun relativ zu den anderen Parteien gesehen mehr Abgeordnete hat, als ihr zustehen (25 statt 20 Sitze) erhalten jetzt die anderen Parteien zum Ausgleich zusätzliche Sitze, bis die Verteilung der Zweitstimmen sich wieder im richtigen Verhältnis der Landtagssitze widerspiegeln. Auch diese Ausgleichsmandate sind Überhangmandate.

Bei der letzten Landtagswahl 2009 wurde die Zahl der Ausgleichsmandate durch das Landeswahlrecht gedeckelt. Das führte dazu, dass der Ausgleich der zusätzlichen Mandate der CDU-Fraktion nicht vollständig erfolgte. Die CDU/FDP-Fraktion hat über diese Deckelung eine Mehrheit der Sitze im Landtag erreicht, obwohl diese Mehrheit sich nicht in den Zweitstimmen der WählerInnen widerspiegelte. CDU und FDP haben nach den absoluten Stimmzahlen keine

Mehrheit in Schleswig-Holstein. Im Ergebnis brauchte die CDU daher weniger WählerInnenstimmen für ein Landtagsmandat als alle anderen Parteien. Da jedoch nach dem Grundgesetz jede Stimme gleich ist, haben wir gegen das Landeswahlrecht Klage vor dem Landesverfassungsgericht eingereicht und gewonnen.

Ergänzend möchte ich hinzufügen, dass unsere Vorschläge zu einer weiteren Vermeidung von Überhangmandaten keine Mehrheiten im Landtag gefunden haben.

Zu Frage 14 – Politikereigenschaften: Ich empfinde mich nicht als Vollblutpolitiker in dem Sinne, dass man nicht mehr nach rechts oder links guckt, sondern als jemand, den sein gesellschaftliches Engagement derzeit in eine Position mit hoher politischer Verantwortung gebracht hat. Dementsprechend hadere ich mit der Politik, wenn ich das Gefühl habe, sie verliert die eigentlichen Probleme aus dem Auge. Anstrengend ist es schon, ich entspanne am besten, wenn ich mich Zuhause um die Dinge des Alltages kümmern kann: Geschirrspülmaschine ausräumen, Hemden bügeln, mit meinen Jungs Handball spielen.

Zu Frage 15 – Haushaltskonsolidierung: Um aus der Schuldenfalle herauszukommen, brauchen wir einen Dreiklang: Ausgabenreduzierung, nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Einnahmesteigerungen. Dabei sind die

Mittel zur Einnahmesteigerung auf Landesebene leider sehr begrenzt.

Zur Ehrlichkeit in der Haushaltspolitik gehört, vor der Wahl zu erklären, was geht und was nicht geht. Das Land muss Jahr für Jahr ca. 130 Millionen Euro einsparen - oder in gleicher Höhe zusätzliche Einnahmen generieren - um die Vorgaben der Schuldenbremse einzuhalten. Wir setzen uns dafür ein, dass dieser schwierige Prozess transparent gestaltet wird, Alternativen aufgezeigt und mit den BürgerInnen diskutiert werden. Für uns steht fest: Gerade angesichts der Finanznot des Landes geht es darum, die Prioritäten richtig zu setzen. Es muss vor allem in Bildung und Klimaschutz investiert werden. Nachhaltige Finanzpolitik heißt auch, eine nachhaltige soziale Infrastruktur zur Verfügung zu stellen.

Daher müssen Förderprogramme umgebaut und das Kooperationsverbot aufgehoben werden, damit sich der Bund an den Bildungsausgaben der Länder beteiligen kann. Auf Nachhaltigkeit in der Ausgabenpolitik zu setzen und Bildungs- und Chancengleichheit zu verwirklichen, ist die Voraussetzung dafür, dass sich Schleswig-Holstein zukunftsfest macht und den demographischen Wandel meistern kann.



Seminartag mal ganz anders

Jana Münster



Ich bin Jana und bin 17 Jahre alt. Meinen FSJ Platz habe ich im Diakoniewerk Kropp in der Gerontopsychiatrie. Hauptsächlich bin ich für die Pflege und Beschäftigung der Klienten zuständig. Das Café Jerusalem kannte ich vorher nicht, weil ich auch nicht im Raum Neumünster wohne. Ich hatte also auch keine Erwartungen, sondern war einfach nur gespannt was mich dort erwartet. Ich habe in der Küche gearbeitet. Es ist spannend zu sehen, was „hinter den Kulissen“ alles abläuft. Ich durfte bei der Essenszubereitung helfen, Gemüse u.s.w. schneiden und selbstverständlich das Geschirr abwaschen bzw. einsortieren. Ich habe mich auf jeden Fall gefreut, dass ich diesen Tag hier verbringen durfte. Danke!

Melissa Jeß



Hallo, ich bin Melissa und bin ebenfalls 17 Jahre alt. Wie Jana arbeite auch ich im Diakoniewerk Kropp, auch in der Altenpflege. Die Arbeit mit den Menschen macht mir sehr viel Spaß. Ich habe zusammen mit Jana in der Küche gearbeitet. Das Aufgabenfeld war abwechslungsreich und die Atmosphäre war locker und entspannt. Neue Erfahrungen machten die Tätigkeiten interessant. Leider ist der neue Ofen gleich am ersten Tag kaputt gegangen, sodass die Besucher keine Kartoffeln und auch kein Gemüse essen konnten. Aber auch dies ließ die gute Laune nicht trüben. Ich nehme auf jeden Fall eine Menge positiver Erfahrungen mit von diesem Tag.

Lisa Schwanebeck



Ich heiße Lisa und bin auch 17 Jahre alt. Ich arbeite in Rendsburg in der Hausgemeinschaft Neuwerk. Das ist eine Einrichtung für Senioren. Besonders gerne arbeite ich mit den Bewohnern, die an Demenz erkrankt sind. Das Café Jerusalem kannte ich vorher nicht und hab mich überraschen lassen. Hier habe ich im Lädchen gearbeitet. Meine Aufgaben bestanden darin, Kleidung zu sortieren und durch die nette Anleitung bekam man gleich Spaß an der Arbeit. Des Weiteren gibt es neben Kleidung auch kleine Saisonartikel. Mich begeistert das ehrenamtliche Engagement und der gute Zusammenhalt. Die kleinen Dinge im Leben sind es, die zählen. Das ist mir heute stark bewusst geworden.

Franzsika Dzaack



Hey, ich bin Franzsi. Ich bin 22 Jahre alt und arbeite normalerweise in Kiel im Waldhof. Meine Aufgaben im FSJ sind z.B. Unterhaltung und Beschäftigung der Klienten, Ausflüge mit den Beschäftigten. Ich arbeite sehr gerne mit hilfebedürftigen Menschen zusammen. Und habe Spaß in meinem Beruf. Das Café Jerusalem kannte ich vorher nicht. Aber ich habe recherchiert, um zu gucken, was auf mich zukommt. Trotz dessen war ich positiv überrascht von der guten Laune und der angenehmen Atmosphäre. Ich habe am Tresen gearbeitet. Hier war es mir sehr wichtig, mit den Menschen in Kontakt zu treten und mehr über sie zu erfahren. Der Tag hat mir sehr viel Spaß gemacht und ich bin froh, dass ich hier arbeiten durfte. Danke und viel Erfolg weiterhin!

Wir, das sind Jaqueline Bünger, Franziska Dzaack, Jana Münster, Lisa Schwanebeck, Melissa Jeß und Marle Döring, machen ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ), d.h. wir arbeiten ein Jahr in einer sozialen Einrichtung unserer

Wahl. Zwischendurch stehen Seminare an, in denen wir verschiedene Themen bearbeiten und Einrichtungen besuchen dürfen. So sind wir in das Café Jerusalem gekommen! Hier durften wir einen Tag mitarbeiten. In der Küche, im

Lädchen, am Tresen und im Büro konnten wir alle mit anpacken und aktiv mitarbeiten.

Mit diesem Artikel möchten wir uns alle nur nochmal bedanken. Der Tag hat uns sehr viel Spaß gemacht!

"... Die unterschiedlichsten Menschen in einem Raum mit den verschiedensten Geschichten. Wir sind der Meinung, dass gerade den ehrenamtlichen Mitarbeitern große Anerkennung gebührt. Danke für den netten Tag, die Anleitung, das Mittagessen, die Möglichkeit, Dinge auch in einem anderen Blickwinkel zu betrachten."

Jaqueline Bünger

Hi, mein Name ist Jaqueline. Ich bin 18 Jahre alt und mache mein FSJ bei den Rendsburger Werkstätten. Ich arbeite also jeden Tag mit Menschen zusammen, die eine Behinderung haben. Ich habe mit Franzi zusammen am Tresen gearbeitet. Das Café Jerusalem kannte ich vorher auch nicht, aber als ich gehört habe, was das für eine Einrichtung ist, habe ich mich sehr auf die Aufgaben und besonders auf den Menschenkontakt gefreut. Unsere Aufgaben lagen natürlich hauptsächlich im Service und in der Essensausgabe. Ich habe mich sehr über die Offenheit gefreut. Der Tag war für mich interessant und aufschlussreich vor allem im Umgang mit den Menschen.



Marle Döring

Hallo, ihr fleißigen Leser. Ich bin Marle und 20 Jahre alt. In meinem FSJ arbeite ich in der Heilpädagogischen Integrationsstätte Nortorf (KiTa) mit schwererziehbaren, geistig und mehrfach schwerst körperlich behinderten Kindern und Jugendlichen zusammen. An einem Schreibtisch zu sitzen, war also eine völlig neue Erfahrung für mich. Was aber nicht heißen soll, dass es mir keinen Spaß gemacht hat. Ich war sehr erstaunt über das aufopfernde Engagement der Mitarbeiter für unsere Mitmenschen. Selbst am Schreibtisch war die gute Stimmung und positive Energie zu spüren. Macht auf jeden Fall weiter so!!!



Landtagswahl 2012...

Die Antworten des FDP-Spitzenkandidaten Wolfgang Kubicki

Zu Frage 1 – Demographischer Wandel: Aufgabe der Politik ist es, die Chancen, die sich durch Veränderungen ergeben, zu nutzen und den möglichen Gefahren frühzeitig zu begegnen. Die Hauptaufgabe sieht die FDP darin, den ländlichen Raum auch in Zukunft attraktiv zu gestalten. Eine Vernachlässigung des ländlichen Raumes hätte katastrophale Folgen. Die FDP gestaltet mit vielen gesetzgeberischen Maßnahmen den demographischen Wandel im Land mit. Durch das ‚Versorgungsstrukturgesetz‘ hat die FDP die Anreize für Ärzte erhöht, sich im ländlichen Raum niederzulassen. Zudem halten wir es angesichts der hohen und weiter steigenden Benzinpreise für dringend geboten, die Pendlerpauschale zu erhöhen. Die steigenden Benzinpreise wirken zunehmend erdrückend auf die Pendler – gerade in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein.

Zu Frage 2 – Jugendarbeitslosigkeit: Deutschland hatte im Januar 2012 europaweit mit 7,8% die geringste Jugendarbeitslosigkeit. Im Euroraum lag die Jugendarbeitslosigkeit bei 21,6% und in der EU der 27 sogar bei

22,4%. Daher ist der Eindruck, wir hätten eine besonders hohe Jugendarbeitslosigkeit, falsch. In Schleswig-Holstein lag die Zahl von unversorgten Bewerbern im März bei 7.800. Dem gegenüber stehen 9.100 unbesetzte Ausbildungsplätze. Daher wollen wir vor allem die Ausbildungsfähigkeit der Jugend weiter verbessern. Hier liegt einer der zentralen Gründe für die hohen Abbrecherquoten und für die hohe Anzahl unbesetzter Lehrstellen. Es ist unseres Erachtens nicht hinnehmbar, dass ein Teil der Jugendlichen nur mangelhafte Kenntnisse im Lesen, Schreiben und Rechnen vorweist. Die FDP will die Qualifizierung der jungen Menschen weiter stärken. Wir können es weder wirtschaftlich noch gesellschaftlich leisten, einen Teil der Jugendlichen zurück zu lassen. Wir möchten dafür auch die Schulsozialarbeit, die wir erstmals mit Landesmitteln unterstützen, insbesondere an den Berufsbildenden Schulen und den Regionalen Bildungszentren ausweiten. Dadurch werden wir die Abbrecherquote bei Ausbildungsberufen weiter senken – denn eine gute Ausbildung verspricht eine gute Beschäftigungschance in der Zukunft.

Zu Frage 3 – Mindestlohn/Leiharbeit: Wir unterstützen die Einführung verbindlicher Lohnuntergrenzen, die sich an marktwirtschaftlichen Gegebenheiten orientieren. Voraussetzung dafür ist, dass die Lohnuntergrenzen nach Branchen und Regionen differenziert von einer Kommission ermittelt werden, der die Tarifpartner angehören. Zeitarbeit dient der flexiblen Reaktion auf Auftragsschwankungen, darf aber kein Mittel zum Ersetzen von Stammbeschafteten oder für Lohndifferenzierung innerhalb der Beschafteten sein. Die FDP spricht sich für den Grundsatz ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘ aus. Nur während einer Einarbeitungsphase von drei Monaten soll zukünftig davon abgewichen werden können.

Zu Frage 4 – Familienpolitik: Die FDP setzt sich für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Neben dem Einwerben von flexiblen Arbeitszeitmodellen bei den schleswig-holsteinischen Unternehmen sorgen wir für eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung. Der Ausbau des Angebotes an Ganztagskindergärten, Krippen- und Hortplätzen mit flexiblen Öffnungszeiten ist weiterhin dringlich erforderlich. Eine Entlastung bei den Elternbeiträgen streben wir durch landesweit vergleichbare Sozialstaffelregelungen an. Anstelle der bisherigen Objektförderung sollen die Träger der Kitas Pauschalen für jeden besetzten Platz erhalten. Dadurch erhalten

insbesondere auch private Träger eine finanzielle Anerkennung für ehrenamtlich geleistete Arbeit der Eltern. Dieses Modell ermöglicht den Eltern, ihre Kinder allein nach dem pädagogischen Konzept in die von ihnen gewünschte Kita zu schicken. Auch stützen wir trotz notwendiger Haushaltskonsolidierung die Wohnraumförderung. Ein Programmschwerpunkt bleibt dabei die Förderung preiswerten Wohnraums insbesondere für junge Familien. Das Betreuungsgeld wird von der FDP abgelehnt. Entsprechende öffentliche Mittel sollten besser zur Förderung kommunaler Angebote zur Unterstützung von Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder eingesetzt werden.

Zu Frage 5 – Kinderbetreuung: In den vergangenen zwei

Jahren war der Ausbau von Bildungsangeboten ein Schwerpunkt liberaler Regierungspolitik. Trotz notwendiger Haushaltskonsolidierung wurde von Landesseite die Schulsozialarbeit eingeführt, die Kita-Grundfinanzierung erhöht, der Ausbau der Unter-Dreijährigen-Betreuung vorangetrieben, im Bereich Sprachförderung an Kitas ein neuer Schwerpunkt gesetzt, die Hochbegabtenförderung verbessert und ganz aktuell der Vertretungsfonds zur besseren Bekämpfung des Unterrichtsausfalls an Schulen verdoppelt. Diesen Weg will die FDP fortsetzen. Darüber hinaus machen wir uns dafür stark, das Kooperationsverbot im Bildungsbereich aufzuheben, damit der Bund Schulen, zum Beispiel beim Ausbau von Ganztagsangeboten, besser unterstützen kann. Auch tritt die

FDP dafür ein, dass auch weiterhin die Bedingungen des Unterrichts an den Schulen verbessert und die Einsparmöglichkeiten an Planstellen aufgrund der demographischen Entwicklung nicht vollständig ausgeschöpft werden, damit der Rückgang der Schülerzahlen in den nächsten Jahren auch für qualitative Verbesserungen des Unterrichts genutzt werden kann.

Zu Frage 6 – Schulpolitik: Mit der Übernahme des Bildungsministeriums durch die FDP konnte die verfehlte sozialdemokratische Politik beendet werden. Oberste Zielsetzungen liberaler Schulpolitik sind Verlässlichkeit, Qualität und Chancengerechtigkeit. Die FDP will die individuellen Begabungen, Neigungen und Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen erkennen und fördern. Auch sollen Schüler ein ethisch begründetes Verantwortungs- und Leistungsbewusstsein entwickeln und die Bereitschaft zur Solidarität soll gestärkt werden. Liberale Bildungspolitik sieht deshalb in der Anerkennung der Verschiedenheit aller Menschen die Bedingung für ein differenziertes Bildungssystem, das, verbunden mit einer qualifizierten und motivierten Lehrerschaft, alle Voraussetzungen schafft, einen so definierten Bildungsauftrag zu erfüllen.

Dazu bedarf es keiner neuen Schulstrukturdebatten, sondern es müssen vielmehr alle Beteiligten im Bildungssystem in die Lage versetzt werden, die notwendigen Fähigkeiten, Fertigkeiten



Wolfgang Kubicki ist Fraktionsvorsitzender und Spitzenkandidat der FDP in Schleswig-Holstein.

(Foto: FDP)

Spruch der Ausgabe:

„Das demokratische System, zu dem unser Staat sich bekennt, beruht auf der Überzeugung, daß man den Menschen die Wahrheit sagen kann.“

*Carl Friedrich von Weizsäcker (*1912), Physiker*

und Einstellungen jungen Menschen vermitteln zu können. Alle Schülerinnen und Schüler müssen individuell, ihren Fähigkeiten, Neigungen und Begabungen entsprechend gebildet werden, um im alltäglichen Leben und im globalen Arbeitsmarkt bestehen zu können. Mögliche Vorteile des längeren gemeinsamen Lernens sind dabei wissenschaftlich nicht belegt.

Wir brauchen keine Schule für alle, sondern die richtige Schule für jeden. Die FDP wird die Eigenverantwortlichkeit von Schulen weiter stärken. So haben wir dafür gesorgt, dass Regional- und Gemeinschaftsschulen wieder selbst über die Form der Unterrichtsdifferenzierung entscheiden können und auch G9 an Gymnasien wieder möglich ist.

Zu Frage 7 – Armut: Eine gute Schulbildung ist die Grundvoraussetzung für eine qualifizierte Berufsausbildung und -findung. Dieses legt die Grundsteine für ein selbständig und eigenverantwortlich zu führendes Leben und schützt vor Armut. Der Teufelskreis der Armut kann so in erster Linie über die Kinder durchbrochen werden. Die FDP setzt sich dafür ein, dass allen durch gleichberechtigte Teilhabe in unserem Bildungssystem die Chance eröffnet wird, einen Beruf zu finden.

Konsequentes Wirtschaftswachstum und die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen ist die beste Poli-

tik, um Armut zu vermeiden und allen Bürgerinnen und Bürgern ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Da insbesondere Frauen durch Erziehungszeiten besondere Hilfestellungen bei der Wiedereingliederung in das Berufsleben benötigen, setzen wir uns dafür ein, die Beratungsstellen von Frau & Beruf zu erhalten.

Zu Frage 8 – Internet: Ich nutze das Internet in erster Linie zur Informationsbeschaffung. Gerade bei aktuellen Entwicklungen ist das Internet sehr schnell. Es bietet die Möglichkeit, wichtige Nachrichten ohne einen größeren Zeitverzug zu erhalten. Auch zum schnellen Austausch von Informationen eignet sich das Internet gut.

Zu Frage 9 – Informationszugang: Wir arbeiten kontinuierlich daran, dass unser Internetangebot barrierefrei ist und die Menschen sich gut auf unseren Seiten zurechtfinden. Die FDP Schleswig-Holstein lehnt ACTA bzw. dessen Ratifizierung ab. Zum einen ist das Abkommen ohne Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland in einem intransparenten Verfahren zustande gekommen, zum anderen beinhaltet es zu viele unbestimmte Rechtsbegriffe. Insbesondere ist keinesfalls gewährleistet, dass nicht in Zukunft unter Berufung auf den Abkommenstext Internetsperren eingeführt werden.

Zu Frage 10 – Demokratie ist für mich ...

Demokratie ist für mich Freiheit. Demokratie ist für mich, wenn die Menschen ihr Leben selbst bestimmen können. Jeder muss nach seinen individuellen und eigenen Lebensvorstellungen glücklich werden. Es kann in einer Demokratie nicht Aufgabe des Staates sein, jemanden vorzuschreiben, wie er glücklich zu werden hat.

Zu Frage 11 – Energieversorgung: Im Jahr 2020 steht Schleswig-Holstein kurz vor dem Ende des Zeitalters der Kernenergie. Ein Jahr später werden alle noch verbliebenen Kernkraftwerke in Deutschland abgeschaltet sein. Das Land hat sich mit Hilfe seiner Windparks zu einem der größten Energieproduzenten Deutschlands entwickelt. Der Strom in Zeiten mit viel Wind wird in Speicherseen in Norwegen und in Kavernen, die als Druckspeicher genutzt werden, gespeichert. Durch das neugebaute Leitungsnetz kann der Strom ohne größere Probleme in ganz Europa verteilt werden. Der Anbau von Silomais für Biogasanlagen konnte durch eine verbesserte Fruchtfolge reduziert werden. Trotzdem leisten Biogasanlagen noch einen wichtigen Beitrag zur Netzstabilität. Schleswig-Holstein produziert seinen gesamten verbrauchten Strom aus erneuerbaren Energien.

Zu Frage 12 – Küstenschutz: Schleswig-Holstein verfügt über ein funktionierendes und gut ausgebautes Deichnetzwerk, welches in Zukunft an die voraussichtlich entstehenden Anforderungen angepasst werden muss. Diese Anpassung darf jedoch nicht auf Kosten der ansässigen Bevölkerung geschehen, sondern muss auch in Zukunft solidarisch getragen werden.

Zu Frage 13 – Landes(!)verfassungsurteil: Wir wählen in Schleswig-Holstein nach dem System der personalisierten Verhältniswahl. Jede wahlberechtigte Person hat zwei Stimmen: Die Erststimme dient der Vergabe von 35 Mandaten in den 35 schleswig-holsteinischen Wahlkreisen. Die Zweitstimme bezieht sich auf die Landesliste einer Partei. Wenn die Anzahl der erzielten Erststimmen nun stark von der Anzahl der Zweitstimmen abweicht, entstehen Überhangmandate, die für einen Ausgleich sorgen. Die Regelungen dieses Ausgleichs waren allerdings ungenau geregelt – dies hat das Landesverfassungsgericht entschieden. Daher wählen wir in Schleswig-Holstein am 6. Mai 2012 neu. Das Landesverfassungsgericht hat allerdings auch entschieden, dass die jetzige Regierung die ordnungsmäßige Legitimation besitzt. Im Jahr 2009 ist die Wahl selbst verfassungsgemäß vonstatten gegangen.

Zu Frage 14 – Politikereigenschaften: Um mich vom in der Tat meist sehr fordernden Politikalltag zu erholen, gehe ich gern am Wasser spazieren.

Zu Frage 15 – Haushaltskonsolidierung: Die Schuldenuhr des Landes läuft ständig weiter. Den Trend konnte die FDP mit einer mehr als Halbierung der Neuverschuldung zwar verlangsamen, weitere Anstrengungen sind jedoch nötig. Wir haben bereits in der mittelfristigen Finanzplanung die nächsten Schritte dargestellt. Ein wesentlicher Punkt ist der Personalabbau bei den Bediensteten des Landes. Wir werden bis zum Jahr 2020 insgesamt 5.360 Stellen abgebaut haben. Für das laufende Jahr ist ein Abbau von 450 Stellen geplant.

Klar ist jedoch, dass Sparen alleine den Haushalt nicht sanieren kann. Wir müssen Wachstumsimpulse setzen, die zu mehr Steuereinnahmen führen. Hierfür sind Investitionen, insbesondere in Infrastrukturmaßnahmen (wie der Ausbau der Straßen und der Breitbandversorgung) und Bildung, notwendig. Hier hat die FDP bereits Akzente gesetzt, die wir weiter fortsetzen werden. Der Staat muss seine konsumtiven Ausgaben weiter senken und mehr investieren. Nur so kann die Haushaltskonsolidierung erfolgreich werden.





VR Bank
Neumünster

Zentrale Neumünster · Großflecken 56-60 · Tel. 04321/494-0 · www.vr-nms.de



Alles aus einer Hand...

Häuslicher Pflege
Tagespflege
Mühlenstr.
Hausno

DEUBERT-GEHRMANN
Gadelander Str.14 - 24539 Neumünster

Rest- und Sonderposten



Sparschwein

Fehrmannstr. 11
24539 Neumünster

leihberg
Optiker

Großflecken 68
24534 Neumünster
Telefon 04321/47672



SCHWAN - APOTHEKE



Julia van Aswegen

Kuhberg 28 · 24534 Neumünster · Tel. 04321 44680
schwan-apotheke@versanet.de

- Container aller Art
- Bauabfälle
- Gartenabfälle
- Wohnungsräumungen

Leinestraße 23
☎ 04321 / 75 57-0
Fax 75 57 - 150



Nica-Verlag
Bianca Bolduan

Perdoeler Mühle, 24601
Handy: 0173 - 973 68 72
www.nica-verlag.de
Bianca.bolduan@nica-v




Reza Matini
Hansaring 92
24534 Neumünster

AUSGEBILDETER FUSSPFLEGER

Telefon: (04321) 853 75 23 - Mobil: 0157 780 988 95
E-Mail: matinireza@yahoo.de

Elektro Klee Netztechnik 

Christianstraße 52 · 24534 Neumünster
Telefon 04321 / 4 30 97 · Fax 04321 / 4 23 08
www.klee-nms.de

ZWP

Sie rufen an
Tel.: (04321) 853 75 23
Ich komme zu Ihnen

PROFESSIONELLE
FUSSPFLEGE



SERVICEANGEBOTE

- erfrischende Fußbäder
- belebende Fußmassage
- Nagelpflege & Pediküre
- allgemeine Fußpflege




Kunststoff- + Holzfenster
Einbruchschutz
Innentüren + Tischlerarbeiten
Tel. (04321) 6 30 61
Fax (04321) 6 63 88
www.ludwig-hauschild.de



inn

IN.MEDIU
Telefon: +
E-Mail: int

E neukauf
EDEKA

GUDER
Strahltechnik
GmbH

- Wir unterstützen das Ca

Pflegedienst
für SENIORENSTÜBCHEN
19A & Ruhrstr.12A
Kaufhof und mehr...



04321/
25150

Ihr Partner in
der Pflege



IM ZENTRUM DER IDEEN.

**DRUCKZENTRUM
NEUMÜNSTER**

WACHHOLTZ DRUCK ■ LIEKFELDT DRUCK

DRUCKZENTRUM NEUMÜNSTER GMBH
RÜNGESTRASSE 4 ■ 24537 NEUMÜNSTER

TELEFON 04321 906250 ■ FAX 04321 906259
TELEFON 04321 40990 ■ FAX 04321 409999

INFO@DRUCKZENTRUM-NEUMUENSTER.DE

*Erd-, Feuer-, Seebestattungen,
Bestattungsvorsorge - Grabdenkmäler*

Bestattungsinstitut
Klaus

GRIEM

Tel.: 04321 / 929600

24534 Neumünster, Sachsenring 38-40



Belau

erlag.de

ingenieur-AG

medium werbeagentur

Medium GmbH · Goebenstraße 10 · 24534 Neumünster
Telefon: +49 4321 4042-0 · Telefax: +49 4321 4042-22
info@inmedium.net · Internet: www.inmedium.net

**Wir verbinden Sie
mit der Welt ...**

Rohwer Mehrens
TELEKOMMUNIKATION
MERONEC Distribution

www.rohwer-mehrens.com
Fon: 04321 / 9 66 69-0

HAARTUNG
immer wieder schön

café Jerusalem -

Freizeit

Willkommen im Bad am Stadtwald in Neumünster!

- ▶ Hallenbad
- ▶ Freibad
- ▶ große Rutsche
- ▶ Bodensprudel
- ▶ Sprungturm
- ▶ Kinderbecken
- ▶ Saunalandschaft
- ▶ Bistro
- ▶ und vieles mehr.

Bad am Stadtwald
Hansaring 177
24534 Neumünster

Mehr Infos:

Telefon 04321 202-580 oder unter
www.stadtwerke-neumuenster.de

Viele
Kurse für
Sport und Ge-
sundheit!

SWN

Landtagswahl 2012...

Die Antworten der SPD-Kandidatin Kirsten Eickhoff-Weber

Zu Frage 1 – Demographischer Wandel: Der demographische Wandel stellt unsere Gesellschaft vor große Herausforderungen. Den Wandel in der Berufswelt unter den Stichworten „Generation Praktikum“ und die Dynamisierung der Arbeit sowie die Anforderungen der älter werdenden Menschen insbesondere im ländlichen Raum müssen wir in einem umfassenden Ansatz betrachten. Kinderbetreuung und Bildung für die Jüngeren und Mobilität und Pflege für die Älteren werden angesichts der demographischen Veränderungen zu einer besonderen Herausforderung für unsere Gesellschaft.

Wir wollen uns für ein gutes Miteinander der Generationen einsetzen. Dabei müssen wir über den Tellerrand hinaus schauen. Wir müssen gemeinsam mit den Organisationen und Verbänden, mit Städten und Gemeinden gute Rahmenbedingungen schaffen. Wir müssen heute dafür sorgen, dass es den nächsten Generationen gut geht.

Ein „Demographie-Check“ für

Landesaufgaben als auch für die Struktur der Bediensteten im Landesdienst wird ein Bestandteil unserer Arbeit sein.

Zu Frage 2 – Jugendarbeitslosigkeit: Junge Menschen verdienen unsere besondere Aufmerksamkeit. Das heißt: Beste vorschulische und schulische Bildung. Die berufliche Bildung wird ein wesentlicher Baustein unserer Antwort sein. Dabei werden wir uns verstärkt für einen gelingenden Übergang von Schule und Beruf einsetzen. Wir werden die duale Ausbildung weiter verbessern und auf diese Weise Fachkräfte sichern. Klar ist aber auch: Jede Jugendliche und jeder Jugendliche in Schleswig-Holstein hat ein Recht auf eine Berufsausbildung mit qualifizierendem Abschluss. Dafür werden wir uns einsetzen.

Zu Frage 3 – Mindestlohn/Leiharbeit: Unser Anspruch ist es, Schleswig Holstein zu einem Land mit den besten Arbeitsbedingungen in Deutschland zu entwickeln. Hierzu gehören faire, leistungsgerechte und tariflich abgesicherte Entgelte und

Mindestlöhne sowie Mindestausbildungsvergütungen, die einen eigenständigen Lebensunterhalt ermöglichen. Wir werden Initiativen starten, um Leiharbeit und Befristungen ohne sachlichen Grund sowie das unangemessene Praktikantenwesen wieder arbeitnehmergerecht zu gestalten. Eine SPD-geführte Landesregierung wird hierfür konsequent werben und ein Tariftreuegesetz mit einem vergabespezifischen Mindestlohn auf den Weg bringen. Darüber hinaus werden wir auch im Bundesrat für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro kämpfen.

Zu Frage 4 – Familienpolitik Die SPD hat begriffen, dass wir, gerade auch angesichts des von Ihnen bereits angesprochenen demographischen Wandels, starke Familien brauchen. Wobei für uns gilt: Familie ist da, wo Menschen dauerhaft füreinander einstehen und Verantwortung übernehmen. Um Familien zu stärken, brauchen wir vorrangig gute Bildung für alle Kinder, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor allem durch den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen in Krippen und Kindergärten, die Erneuerung des Solidarprinzips in unseren Sozialsystemen, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und eine Verbesserung der Pflegesituation für Menschen mit Hilfe- und Unterstützungsbedarf. Für all dies steht die SPD.

Die Gründung einer Familie darf keinesfalls zum Armutsrisiko werden. Uns ist bewusst, dass die Gefahr dafür gerade bei Alleinerziehenden sehr hoch ist. Deshalb ist es wichtig, dass Bildungs- und Qualifizierungsangebote auf ihre Lebenswirklichkeit zugeschnitten sind. Ausbildungsangebote in Teilzeitform sowie finanzielle Sicherheiten während der Ausbildung, eine flexible und bedarfsgerechte Kindertagesbetreuung - all dies ist gerade für Alleinerziehende wichtig. Und auch dafür steht die SPD.

Zu Frage 5 – Kinderbetreuung: Wir treten für gleiche Bildungschancen, hohe Bildungsqualität, individuelle Förderung

und lebenslanges Lernen ein. Das fängt bei Krippen, Kindergärten, Schulen an und hört bei beruflicher Bildung und Universitäten auf. Um dies künftig zu gewährleisten, werden wir dafür sorgen, dass auch bei sinkenden Schülerinnen- und Schülerzahlen die notwendigen Finanzmittel im Bildungsetat verbleiben. Unsere Priorität liegt auch finanziell bei der Bildung. Die Schülerzahlen werden bis 2020 landesweit voraussichtlich um 20 % zurückgehen. Wir werden aber dennoch mindestens 50% der durch den Schülerrückgang theoretisch entbehrlichen Lehrerstellen an den Schulen belassen. Damit setzen wir den versprochenen Zugewinn von Unterrichtsqualität und Fördermaßnahmen um.

Zu Frage 6 – Schulpolitik:

Aus guten Schulen, wie wir Sie uns vorstellen, gehen starke Kinder hervor, die Teilhabemöglichkeiten unserer Gesellschaft nutzen können, die ihren Beitrag im Solidarsystem leisten und gute Arbeit finden. Hierzu werden wir jedem Kind einen qualitativen Schulabschluss ermöglichen. Grundschulen sind die Basis der schulischen Bildung und müssen wohnortnah erhalten bleiben. Unser Schulsystem auf drei verlässlichen und dauerhaften Säulen wird den ständigen Strukturreformen in der Schulpolitik ein Ende machen und endlich gute Arbeit ermöglichen. Wir setzen uns für ein möglichst flächendeckendes Angebot an G9-Bildungsgängen an Gemeinschaftsschulen neben dem Abitur nach acht Jahren an Gymnasien ein. Als dritte Säule führen auch die beruflichen Schulen zum Abitur. Es kann dabei nicht das Ziel sein, unseren Kindern und Enkeln in kürzerer Zeit immer mehr aufzubürden. Beim G8 brauchen wir Reformen, beispielsweise des Curriculums.

Zu Frage 7 – Armut: Genau deshalb wird sich die SPD Schleswig-Holstein auch als Landesregierung beim Bund für eine Reform des Steuersystems einsetzen. Die vielfältigen Aufgaben des Staates müssen dauerhaft und langfristig finanziert werden. Dabei müssen die mit den höchsten Einkommen und Vermögen einen stärkeren Beitrag leisten.



Kirsten Eickhoff-Weber,
Kandidatin der SPD
für Neumünster und Boostedt,
beim Interview im Café Jerusalem

(Foto: Café Jerusalem)

Impressum

Herausgeber:

Verein für Missionarische
Sozialarbeit der Evangelischen
Allianz Neumünster e.V.

1. Vorsitzender: Dr. Dieter Müller
2. Vorsitzender: Frank Wohler
Schatzmeisterin: Christa Marklin
V.i.S.d.P.: Andreas Böhm

Mitglied im INSP

Adresse:

Café Jerusalem
Bahnhofstraße 44 · 24534 Neumünster
Tel.: (04321) 41755 · Fax: 418599
E-Mail: info@cafe-jerusalem.org

Anzeigen: Tel.: (04321) 41755

Spendenkonto:
Spardabank Hamburg
Bankleitzahl: 206 905 00
Kontonummer: 554 455

Gestaltung:
Café Jerusalem/Andreas Böhm

Redaktionell unterstützt durch:

Pressebüro Schwitzgebel
Dr. Frieder Schwitzgebel
www.presse-schwitzgebel.de



Druck:

WIRmachenDRUCK GmbH

Auflage dieser Ausgabe: 1.500 Stück

WirmachenDruck.de
Sparen Sie bis zu 50% beim Druck!

Die gerechte Besteuerung von Arbeit und Kapitalerträgen ist ein wichtiger Bestandteil, um die Belastung nach individueller Leistungsfähigkeit sicherzustellen.

Zu Frage 8 – Internet Das Internet ist auch für mich wichtige Informationsquelle geworden und kann künftig beispielsweise Verwaltung erleichtern. Wichtig wird es aber sein, dass wir unseren Kindern und Enkeln gerade auch in der Schule eine entsprechende Medienkompetenz mitgeben. Der Umgang mit persönlichen Daten und Datenschutz gewinnt eine neue Bedeutung.

Zu Frage 9 – Informationszugang: Eine moderne Verwaltung beinhaltet eine aktive Förderung von Informationsfreiheit und Transparenz – auch über digitale Medien. Damit ist nicht nur gemeint, dass wir Verwaltung bürgernaher gestalten können, wenn einige Dinge über das Netz erledigt werden können.

Ein anderes Beispiel: Land und Kommunen verfügen über eine Menge Daten, die vielfach frei zugänglich, aber nicht veröffentlicht sind. Eine landesweit abgestimmte "Open-Government-Strategie" - bei der erhobene soziologische oder geografische Daten frei verfügbar gestellt werden - kann gezielt Innovationen im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich fördern. Viele innovative Dienstleistungen und Produkte, die den Alltag vieler Menschen verbessern, basieren auf Daten.

Darüber hinaus kann eine "Open-Government-Strategie" zur Demokratisierung unseres Landes beitragen.

Eine starke Demokratie braucht aufgeklärte und informierte Bürgerinnen und Bürger. Der einfache und freie Zugang zu Daten, die erleichterte Auswertung dieser und die daraus resultierenden Ideen können zu einer Bereicherung in der politische Diskussion im Land führen. Transparenz in Politik und Verwaltung schafft die Freiheit zur eigenen Urteilsbildung und kann das Vertrauen in das politische System stärken. Dabei muss die Nutzung des Internets möglichst jedem gleichermaßen möglich sein.

Zu Frage 10 – Demokratie ist für mich ... Frei nach Abraham Lincolns berühmtem Satz seiner Gettysburger Rede von 1863 – eine Regierung durch die Menschen, mit den Menschen und für die Menschen. Das ist ein täglich spannendes Erlebnis, das uns alle braucht.

Demokratie ist die Grundlage von Allem!
Wir müssen in einen Dialog mit den Menschen in Augenhöhe treten. Politik ist nicht für Menschen, sondern nur mit Menschen zu machen.

Zu Frage 11 – Energieversorgung: Die SPD wird den Ausstieg aus der Atomkraft, für den wir seit Anfang der 80er Jahre kämpfen, durch den Aufbau einer nachhaltigen Energieversorgung mit Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbaren Energien beschleunigen. Das Ergebnis dieser konsequenten Energiewende werden wir 2020 erleben.

Die AKWs werden schnellstmöglich zurückgebaut, die Strom- und Wärmeerzeugung aus fossilen Energieträgern muss bis zur Mitte des Jahrhunderts durch neue Energien wie Wind, Sonne und Geothermie ersetzt werden. Dabei wollen wir Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaschutz gewährleisten.

Wir wissen: Eine konsequente Energiewende ist der Wachstumsmotor für Schleswig-Holstein und schafft viele tausend neue und qualifizierte Arbeitsplätze vor Ort im Mittelstand und beim Handwerk.

Zu Frage 12 – Küstenschutz: Die Verbesserung des Hochwasser- und Küstenschutzes wird auch angesichts des Klimawandels in einem integrativen Ansatz zwischen Natur- und Umweltschutz, Tourismus und Wirtschaft zu einer wichtigen Aufgabe für die nächste Landesregierung werden. Dazu gehören Deicherhöhungen und die Anlage natürlicher Überschwemmungsgebiete. In jedem Fall hat der Schutz der Menschen Vorrang vor anderen Interessen.

Zu Frage 13 – Landes(!)verfassungsgerichtsurteil: Das Landesverfassungsgericht hat eine Lücke im Wahlrecht aufgedeckt. Diese aber nicht als so schwerwiegend identifiziert, dass die Landtagswahl 2009 für ungültig erklärt werden müsste.

Ein Überhangmandat bedeutet, dass eine Partei mehr Sitze über die Erststimme (Direktmandate) erhalten hat, als ihr nach der Zweitstimme bei der verhältnismäßigen Zuteilung der Parlamentssitze auf die Parteien zustehen.

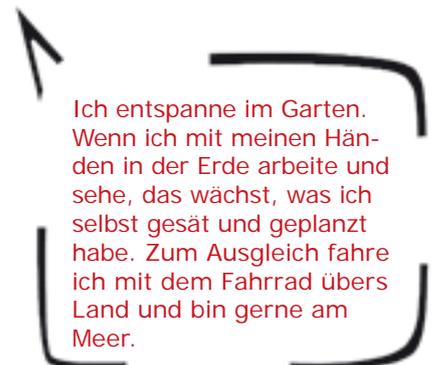
2009 hat die CDU zu unserem Bedauern sehr viele Direktmandate gewonnen, prozentual aber ein eher schwaches Ergebnis bei den Zweitstimmen erreicht. Viele Überhangmandate waren die Folge, die nur zu einem Teil ausgeglichen wurden. So erhielten CDU und FDP eine Stimme Mehrheit, die ihnen eigentlich nicht zustand.

Zu Frage 14 – Politikereigenschaften: Ich bin mit Verstand und Leidenschaft Politiker. Der Dialog mit den Menschen ist dabei für mich wichtiger Bestandteil des politischen Prozesses. Nur im ständigen Austausch miteinander können wir die besten Lösungen finden.

Zu Frage 15 – Haushaltskonsolidierung: Wir suchen den Dialog mit den Menschen, anstatt wie bisher in der Haushaltspolitik geschehen, über ihre Köpfe hinweg zu entscheiden.

Und wir werden eine langfristige Perspektive für unser Land erarbeiten. Wer heute beispielsweise bei Bildung kürzt, wird später noch höhere Sozialkosten zu zahlen haben. So kann eine Haushaltskonsolidierung nicht funktionieren.

Wir werden den Haushalt im Dreiklang aus Einsparungen, strukturellen Reformen und Investitionen in unsere Stärken und Bildung konsolidieren. Nur so wird Schleswig-Holstein auch nach der Schuldenbremse noch ein so einzigartiges Land sein.



Landtagswahl 2012...

Die Antworten des CDU-Kandidaten Jost de Jager

Zu Frage 1 – Demographischer Wandel: Der demografische Wandel stellt die Gesellschaft vor vielfältige Herausforderungen. In vielen Bereichen brauchen wir neue und an den demografischen Wandel angepasste Konzepte. Der demografische Wandel hat durch sinkende Schülerzahlen nicht nur bedeutende Auswirkungen auf unser Bildungssystem, sondern auch durch die wachsende Zahl älterer Menschen auf den Bedarf von Pflege und Betreuung im Alter. In beiden Bereichen ist durch eine angepasste Personalpolitik Rücksicht auf diese Entwicklung zu nehmen. Darum will die CDU ein „Bündnis für Pflege“ gründen und mit allen relevanten Akteuren Maßnahmen für eine besser Pflegeversorgung und mehr Fachkräfte ergreifen. Auch Bereiche wie der Katastrophenschutz oder die ehrenamtliche Arbeit in vielen sozialen Einrichtungen sind betroffen, da nicht genügend ehrenamtliche Helfer zur Verfügung stehen. Daher unterstützt die CDU die ehrenamtlichen Tätigkeiten und hat Konzepte entwickelt, Anreize für ehrenamtliche Arbeit zu verbessern.

Zu Frage 2 – Jugendarbeitslosigkeit: Wir haben die Jugendarbeitslosigkeit abgebaut und damit die Lage der Jugendlichen am Ar-

beitsmarkt verbessert. Von Februar 2009 bis Februar 2012 sankt die Quote von 11,5 Prozent auf nur noch 6,9 Prozent. Mit dem „Zukunftsprogramm Arbeit“ haben wir ein effektives Instrument, um die Perspektiven der Jugendlichen am Arbeitsmarkt zu verbessern. Hierbei konzentriert sich das Programm auf die Erweiterung des zur Verfügung stehenden Angebots an betrieblichen Ausbildungsplätzen sowie auf die Verbesserung der Ausbildungs- und Berufsreife Jugendlicher durch frühzeitig ansetzende Maßnahmen am Übergang von der Schule in die Arbeitswelt.

Zu Frage 3 – Mindestlohn/Leiharbeit: Die CDU-Schleswig-Holstein unterstützt die Einführung verbindlicher Lohnuntergrenzen, die sich an marktwirtschaftlichen Gegebenheiten orientieren. Voraussetzung dafür ist, dass die Lohnuntergrenzen nach Branchen und Regionen differenziert von einer Kommission ermittelt werden, der die Tarifpartner angehören. Die CDU lehnt gesetzliche und flächendeckend einheitliche Mindestlöhne ab. Die Lohnfindung ist und bleibt die Aufgabe der Tarifpartner.

Zu Frage 4 – Familienpolitik Die CDU Schleswig-Holstein unterstützt Menschen, die sich für ein Leben mit Kindern entscheiden. Fa-

milien müssen sich auf eine Gesellschaft verlassen können, die Kinder als Bereicherung ansieht. Dass heute ein Drittel der Arbeitslosen qualifizierte Frauen sind, ist für uns ein Alarmsignal und zeigt, dass wir bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie beim Wiedereinstieg in den Beruf weiter intensiv an einer verbesserten Kinderbetreuung und flexiblen Arbeitszeitmodellen für Mütter und Väter arbeiten müssen.

Wir wollen Eltern und Familien keine bestimmte Form der Kinderbetreuung vorschreiben, sondern ihnen die freie Wahl zwischen familiärer und organisierter Betreuung ermöglichen. Die Gemeinden werden von uns dabei unterstützt, flächendeckende Betreuungsangebote bedarfsgerecht auszubauen, insbesondere fördern wir sie beim Ausbau der U3-Betreuung. Betrieben helfen wir, familienfreundliche Strukturen aufzubauen und zu erhalten. Wir wollen die Innenstadtlagen für Familien mit Kindern attraktiver machen und das Wohnumfeld kinder- und familienfreundlich gestalten. Wir werden aber auch auf die steigende Zahl von Ein-Personen-Haushalten reagieren und attraktive Wohnmöglichkeiten bieten.

Zu Frage 5 – Kinderbetreuung: Für uns sind die Kindertagesstätten mehr als betreutes Spielen. Wir haben darum dafür gesorgt, dass der Bildungsauftrag der Kindertagesstätten gesetzlich verankert wird – bis hin zum wichtigen Erwerb von Sprachkompetenz. Der Ausbau der Plätze für unter Dreijährige lief in der bürgerlichen Koalition weiter.

Wir haben darüber hinaus eine Verbesserung der Tagespflege erreicht. Eine landesweite Angleichung der Sozialstaffel wird zurzeit mit den kommunalen Spitzenverbänden verhandelt. Von großer Wichtigkeit ist für uns die Zusammenarbeit von Kindertagesstätten und Grundschulen. Die Landesregierung hat die frühkindliche Bildung gestärkt. Laut Zahlen des statistischen Bundesamtes vom 1. März 2011 liegt der Anteil der unter 3-jährigen in der Kindertagesbetreuung in SH bei 21,8 % und damit über dem westdeutschen Schnitt von 20 %. Diesen Trend wollen wir im Sinne unserer Kinder und Familien zügig ausbauen. Dafür werden wir auch die nötigen Mittel bereitstellen. .. Die CDU will in erreichbarer Nähe ein Angebot an Grundschulen gewährleisten, daher haben wir den Schulträgern die Möglichkeit gegeben, auch wieder Grundschulverbände bilden zu können.

Trotz der verbesserten Situation gibt es Problemfelder, denen wir begegnen wollen. Die Unterrichtsver-

sorgung hat dazu beigetragen, den Unterrichtsausfall zu reduzieren. Derzeit stellt die Landesregierung 12 Mio. Euro zur Verfügung. In den Haushalten 2013/14 sollen die Mittel des Vertretungsfonds auf 24 Mio. Euro verdoppelt werden. Die CDU will Schulsozialarbeit an allen Schulen. Die Landesregierung SH konnte als erste Landesregierung Schulsozialarbeit im Schulgesetz verankern und hat Mittel für die Schulsozialarbeit in den Grundschulen bereitgestellt. ... Dank der CDU gibt es eine Förderung ALLER Begabungen: Sowohl durch Inklusion als auch durch Hochbegabtenförderung. Beides wurde im Schulgesetz verankert. Die CDU lässt niemanden zurück – Wir stehen Kindern mit Migrationshintergrund in der Schule zur Seite. Wir setzen bei der Integration bereits früh an und fördern Sprachförderung in der KiTa.

Zu Frage 6 –Schulpolitik: Die Anzahl der Schulabgänger, die in den vergangenen fünf Jahren die Schule mit einem höherwertigen Abschluss verlassen haben, zeigt, dass sich unsere bildungspolitische Schwerpunktsetzung auszahlt: Die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss sank von 10 auf 7 %. Die Zahl der Abiturienten und Fachhoch-

schulreifen stieg von 22 auf 32 %. Gleiches gilt für die Realschulabsolventen. Ihr Anteil wuchs von 33 auf 35 %, während der Hauptschulabschluss von 35 auf 26 % sank.

Die CDU setzt sich dafür ein, dass das Kooperationsverbot gelockert wird, Abschlüsse vergleichbarer werden, Inhalte der Lehrerausbildung deutschlandweit angeglichen werden, eine gemeinsame Bildungsfinanzierung von Bund, Ländern und Kommunen zustande kommt, gleiche Bildungsverhältnisse in der gesamten Bundesrepublik entstehen, und die Finanzierung von Schulsozialarbeit, Ganztagschulen und Inklusion sichergestellt wird. ... Die CDU hat und wird Aufgaben abbauen, um Qualität in der Bildung anzuheben. Die Klassenarbeiten wurden reduziert, der „SchulTÜV“ EVIT wurde abgeschafft, Lernpläne gibt es nur noch bei Bedarf und in der Eingangsphase wurde die Verpflichtung zum klassenübergreifenden Unterricht abgeschafft. Die Anzahl der Prüfungsfächer beim Abitur wurde reduziert. Schulen haben dadurch mehr Zeit, ihre Lehrer für guten Unterricht einzusetzen.

Zu Frage 7 – Armut: Unser Leitbild für Deutschland ist die Chancengesellschaft, in der die Bürger frei und sicher leben. Sie steht für Respekt vor Leistung und Erfolg. Und wir wollen die soziale Verankerung in die gesellschaftliche Mitte auch für jene, die bisher davon ausgeschlossen sind. Wir orientieren uns am gesellschaftlichen Prinzip der Subsidiarität. Subsidiarität verlangt, dass der



CDU-Spitzenkandidaten
und Landesvorsitzender
Jost de Jäger

Staat tätig wird, wenn gesellschaftspolitische Erfordernisse die Leistungskraft der Einzelnen überfordern. Wir setzen uns dafür ein, dass jeder Mensch seine Lebenschancen frei und verantwortlich wahrnehmen kann. Auch wenn wir uns mit äußerster Anstrengung für mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft einsetzen, wissen wir, dass absolute Gerechtigkeit nicht erreichbar ist. Wir fühlen uns den Schwachen und sozial Benachteiligten besonders verpflichtet. Wir treten entschieden gegen die Altersarmut ein. Dazu muss die Alterssicherung grundsätzlich reformiert werden. Diese schwierige Aufgabe kann nur im Konsens zwischen den Generationen gelöst werden. Die CDU in SH wird dies nach Kräften unterstützen. Gleichzeitig wollen wir die soziale Stabilität und den gesellschaftlichen Zusammenhalt weiter fördern. Dazu gehört unter anderem die Verbesserung der Bildungschancen und Betreuungsmöglichkeiten für unsere Kinder, die Bekämpfung sozialer Armut sowie eine zukunfts feste Versorgung mit Gesundheits- und Pflegeleistungen.

Zu Frage 8 – Internet: In erster Linie nutze ich das Internet beruflich, vor allem um meine E-Mails zu lesen. Wenn ich im Auto unterwegs bin, lese ich gerne aktuelle Nachrichten online. Privat bleibt mir eher weniger Zeit für das Internet. Ich glaube, meine Frau und meine Tochter sind da die intensiveren Nutzer des Netzes.

Zu Frage 9 – Informationszugang: Es entspricht dem Anspruch der CDU, dass das Medium Internet möglichst vielen Menschen zur Verfügung steht. In Schleswig-Holstein muss deshalb vor allem im ländlichen Raum der Breitbandausbau mit Hochdruck weiter vorangetrieben werden. Zudem sollen junge Menschen frühzeitig einen möglichst sicheren Umgang mit diesem Medium erlernen. Diese Stärkung der sog. „Medienkompetenz“ ist ausgesprochen wichtig. Für die Behörden und Justiz des Landes wollen wir die E-Government- und E-Justice-Angebote ausbauen, um auch hier den Zugang und die Kommunikation zu den staatlichen Stellen zu erleichtern. Die CDU-Fraktion hat sich im SH-Landtag deutlich positioniert und eine unveränderte Übernahme des ACTA-Abkommens abgelehnt.

Zu Frage 10 – Demokratie ist für mich ... Demokratie ist für mich eine der bedeutendsten Errungenschaften unserer Gesellschaft und für mich die beste Staatsform. Ich verbinde mit ihr Freiheit, Gleichheit sowie Teilhabe und Mitbestimmung der Menschen am gesellschaftlichen Leben. Es ist unser aller Aufgabe und Verantwortung, dafür zu sorgen, dass wir die Demokratie schützen und auch verteidigen, wo sie in Gefahr ist. Denn ich bin fest davon überzeugt, dass uns die Demokratie auch die Freiheit gebracht hat, in der wir heute leben.

Zu Frage 11 – Energieversorgung: Die CDU hat bereits 2011 die energiepolitischen Eckpunkte

für SH beschlossen. Die zukünftige Energieversorgung soll für alle Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner sicher, sauber und bezahlbar sein. Schleswig-Holstein ist und bleibt der Vorreiter der erneuerbaren Energien in Deutschland. Dabei kommt der Energieerzeugung aus Wind eine Schlüsselrolle zu. Unser Ziel ist es, auch zukünftig Energieexportland zu bleiben, um die Wertschöpfung in Schleswig-Holstein zu sichern. Der Anteil der erzeugten Energie aus Windkraft lag im Jahr 2010 bei 21,5 % in Schleswig-Holstein. Es bleibt das Ziel, diesen Anteil bis 2020 durch den Zubau von 6.000 MW onshore und 3.000 MW offshore zu erhöhen. Bereits in der Mitte des Jahrzehnts wird rechnerisch mehr als 100 % des schleswig-holsteinischen Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. Ein Vergleich der produzierten Strommengen belegt, dass die Energiewende nur durch den verstärkten Ausbau der Windenergie, ergänzt durch Photovoltaik- und Biomasseanlagen, in Schleswig-Holstein gelingen kann. Dieses geht zwingend einher mit einem Ausbau der Stromnetze. Deshalb hat die CDU eine Netzentwicklungsinitiative mit einem ganzheitlichen Netzinfrasturkturkonzept maßgeblich unterstützt und gestartet.

Zu Frage 12 – Küstenschutz: Der Küstenschutz hat für uns eine übergeordnete Bedeutung. Nach unserer Auffassung geht der Küstenschutz alle Menschen an und alle müssen daher auch Verantwortung tragen. Der Bund nimmt

seine Verpflichtung wahr, zum Küstenschutz einen erheblichen Beitrag zu leisten und er muss dies auch in Zukunft tun. Auch das Land Schleswig-Holstein ist bei der Wahrnehmung der Küstenschutz-aufgabe als Ganzes gefordert. Der Küstenschutz wird in den kommenden Jahrzehnten - vor dem Hintergrund des Klimawandels und des im Zusammenhang damit zu erwartenden Anstiegs des Meeresspiegels - noch weiter an Bedeutung gewinnen. Der prognostizierte Meeresspiegelanstieg stellt dabei eine besondere Herausforderung dar. Deshalb hat die von uns getragene Landesregierung in der zu Ende gehenden Legislaturperiode eine Fortschreibung des „Generalplan Küstenschutz“ erarbeitet, die einen Deichverstärkungsbedarf auf einer Gesamtstrecke von 93 km identifiziert. Hierfür sind in den kommenden Jahren insgesamt 200 Mio. Euro aufzubringen. Schon jetzt werden Deiche in Schleswig-Holstein so konstruiert, dass sie sowohl über eine Baureserve als auch zweite Ausbaureserve für einen zusätzlichen Meeresspiegelanstieg verfügen. Künftige Generationen finden damit ein Deichprofil vor, das es ihnen erlaubt, ohne weitere hohe Kosten aufzudeichen.

Zu Frage 13 – Landes(!)verfassungsgerichtsurteil: Das Landesverfassungsgericht hat festgestellt, dass bis zum 30. September 2012 gilt: „Für die Durchführung einer Wahl auf der Grundlage eines geänderten Gesetzes bedarf es eines

deutlich längeren Zeitraums, damit der Landtag zunächst ein verfassungsmäßiges Wahlrecht schafft. Während dieses Zeitraums bleiben die Abgeordneten im Amt und der Landtag behält seine volle Handlungs- und Arbeitsfähigkeit, denn bis zur Neuregelung und Durchführung der gebotenen Neuwahl verbleibt es bei dem festgestellten Wahlergebnis.“ (LVerfGE 1/10, Abs. 177).

Überhangmandate entstehen, wenn einer Partei über die Direktwahl in den Wahlkreisen mehr Sitze zufallen als ihr nach dem Ergebnis der Zweitstimmen zukommen. (Beispiel: Eine Partei gewinnt alle 35 Wahlkreise und erreicht bei den Zweitstimmen aber nur 40 %. Bei einer Ausgangsgröße des Landtags von 69 Mandaten hätte sie mit den 35 Direktmandaten ca. 50 % aller Sitze, also einen „Überhang“). Damit in diesen Fällen die Besetzung des Parlaments nach dem (Zweit-) Stimmenverhältnis insgesamt stimmt, gibt es die Möglichkeit von sog. „Ausgleichsmandaten“ zu Gunsten der anderen Parteien.

Zu Frage 14 – Politikereigenschaften: Ich habe sehr viel Spaß an der Politik. Sie ist in gewisser Weise auch mein Lebenselixier. Ich lerne täglich viele verschiedene Menschen kennen und komme mit den unterschiedlichsten Themen in Berührung. Meine politische Arbeit gibt mir die Möglichkeit, das Leben in SH aktiv mitzugestalten und auch Dinge zu verändern. Das ist für mich eine wichtige Motivation und zugleich auch eine Verantwortung, die ich gerne wahrnehme.

Zu Frage 15 – Haushaltskonsolidierung: In der Tat musste Schleswig-Holstein allein im vergangenen Jahr mehr als 940 Mio. Euro nur für Zinsen ausgeben – Geld, das die Bürger besser für sich selbst verwendet hätten. Mit weiter zunehmender Schuldenlast würden die Zinsen in der Zukunft noch weiter steigen. Dies würde dem Staat seine Handlungsfähigkeit nehmen und ihm die Möglichkeit rauben, seine Pflichtaufgaben wahrzunehmen.

Deshalb gibt es zu der von uns begonnenen Konsolidierungspolitik, die wir auch in der kommenden Legislaturperiode fortführen wollen, keine Alternative. Dabei müssen wir feststellen, dass viele Ausgaben des Landes durch Bundesgesetze festgelegt sind. Schleswig-Holstein kann nur in zwei Bereichen in eigener Verantwortung Mittel reduzieren: Beim Personal und bei den Zuwendungen. Weil das Land seine Mitarbeiter auch künftig fair bezahlen muss, um im Wettbewerb um die besten Köpfe zu bestehen, kommen wir um eine Reduzierung der Stellenanzahl nicht herum. Im Laufe dieses Jahrzehnts werden wir die Zahl der Landesbediensteten um knapp 5.200 reduzieren. Dabei nutzen wir die natürlichen Altersabgänge, um einen sozialverträglichen Abbau zu erreichen. Die Zuwendungen des Landes werden wir schrittweise weiter reduzieren, um Leistungsempfängern Planungssicherheit zu gewährleisten.



Landtagswahl 2012...

Die Antworten von DIE LINKE

Zu Frage 1 – Die Bevölkerungszahl in SH wird sinken. Für 2025 wird mit einem Rückgang der Erwerbspersonen gegenüber 2010 um etwa 55.000 Menschen gerechnet. Gleichzeitig wird bis 2025 die Zahl der über 60-Jährigen um 26,4 % bzw. 204.000 Menschen, die der bis dahin pflegebedürftigen Menschen sogar um 43 % ansteigen. Allerdings ist dieser Wandel nicht überall gleich, in manchen Regionen wird es sogar Bevölkerungszuwächse geben. Deshalb muss regional sehr differenziert reagiert werden. Generell gesehen ist aber folgendes zu berücksichtigen:

In SH wie im gesamten Bundesgebiet ist der Anteil an erwerbstätigen Frauen im Vergleich zu anderen EU-Ländern sehr gering, obwohl viele Frauen arbeiten wollen. Deshalb müssen endlich auch in SH flächendeckend Strukturen geschaffen und weiterentwickelt werden, die Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen sowie ihren Kindern den Weg zu qualifizierten und zukunftsfähigen Berufsausbildungen ebnet.

Die Zahl der Berufstätigen in Pflegeberufen hält nicht Schritt mit dem Bedarf. Hier muss endlich umgesteuert werden. Zur Zeit müssen viele Pflegeschülerinnen und -schüler sogar noch Schulgeld bezahlen, um ihre Ausbildung absolvieren zu können. Das ist ein Unding.

Der demographische Wandel muss

sozial gerecht gestaltet werden. Die Privatisierung der Gesundheitsversorgung und die Kürzungen der Rente hat DIE LINKE immer abgelehnt.

Zu Frage 2 – Jugendarbeitslosigkeit: Die Statistiken sind das eine, die Realität vor Ort etwas anderes. Viele arbeitssuchende Jugendliche tauchen in den Statistiken gar nicht mehr auf, weil sie in Warteschleifen oder anderen Maßnahmen stecken. Das Problem ist, dass sich auch in SH zu viele Betriebe entscheiden, nicht auszubilden. Unternehmen müssen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachkommen und den Jugendlichen eine Zukunft bieten. DIE LINKE setzt sich deshalb für eine Ausbildungsplatzumlage ein. Des Weiteren spielt die tiefe Kluft zwischen familiären und schulischen Lebenswelten der Jugendlichen einerseits und dem Erwerbsleben andererseits eine Rolle. Hier kann eine verbesserte Berufsüberleitung Abhilfe schaffen. Zusätzlich wollen wir die Ausbildungsanstrengungen des öffentlichen Dienstes erhöhen. Auf diese Weise kann die Jugendarbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden.

Zu Frage 3 – Mindestlohn/Leiharbeit: Die LINKE ist als erste Partei für den Mindestlohn eingetreten. Jeder Mensch muss von seiner Arbeit gut leben können. Gerade in SH ist die Situation bedrückend. In keinem anderen alten

Bundesland gibt es einen so hohen Anteil an Vollzeitbeschäftigten, die gleichzeitig sogenannte Aufstocker sind, also zusätzlich staatliche Leistungen beziehen müssen, um über die Runden zu kommen. In keinem anderen Bundesland gibt es so viele Menschen, die mit einem Niedriglohn zurecht kommen müssen. Ein Mindestlohn kann die größten Ungerechtigkeiten beseitigen. Wir kämpfen für mindestens 10 Euro pro Stunde als Mindestlohn. Heutzutage wird verstärkt durch Leiharbeit oder Werkverträge das Lohnniveau gedrückt. DIE LINKE ist für ein Verbot der Leiharbeit.

Zu Frage 4 – Familienpolitik SH ist ein schönes und liebenswertes Land. Wir sind nur leider noch weit davon entfernt, ein kinderfreundliches Land zu sein. DIE LINKE hat ein umfassendes Bildungs- und Betreuungskonzept für Kinder und Jugendliche, das Bildungserfolg unabhängig von der sozialen Herkunft garantiert. Die frühkindliche Bildung, das soziale Lernen in der Gruppe eröffnet solidarische Chancen für zukünftige Generationen. ... DIE LINKE fordert deshalb ein flächendeckendes Angebot interdisziplinärer Frühfördereinrichtungen auf der Grundlage einer Rahmenvereinbarung, die die Kosten einer eingehenden Elternberatung genauso berücksichtigt wie die Kosten von interdisziplinärem Austausch und Vernetzung...

Frühpädagogik gelingt aber bekanntlich nur innerhalb ausreichend dichter Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern. Wir streben deshalb an, dass die Empfehlun-

gen, die das „Kinderbetreuungsnetz der Europäischen Kommission“ hinsichtlich Gruppengröße und Personalschlüssel gibt, auch endlich in SH zur Richtschnur bei Betreuungseinrichtungen werden.

Bildung braucht gut ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher. Wir wollen das Weiterbildungsangebot umfassend verbessern. Zukünftig sollen Erzieherinnen und Erzieher im Rahmen eines (Fach-)Hochschulstudiums ausgebildet werden. ...

SH verlangt bundesweit die höchsten Elternbeiträge für die Kindertagesbetreuung. Für uns kann die landeseinheitliche Sozialstaffel nur ein Zwischenschritt sein. Unsere Forderung bleibt die völlige Kostenfreiheit der frühkindlichen Bildung, d.h. über die Kita-Jahre hinaus auch die Krippen- und Hortbetreuung.

Bei den Kindertagesstätten ist die Beitragsfreiheit des dritten Kita-Jahres abgeschafft worden. Dabei lagen in den letzten zehn Jahren die Ausgaben für frühkindliche Bildung in SH weit unter dem Bundesdurch-

schnitt. Die Einrichtungen frühkindlicher Bildung, einschließlich der Krippen, müssen künftig wie die Schule beitragsfrei sein.

Zu Frage 5 – Kinderbetreuung und 6 Schulpolitik: DIE LINKE streitet für ein verbindliches einheitliches Schulsystem von der 1. bis zur 10. Klasse. Von einem gemeinsamen, binnendifferenzierten Unterricht profitieren sowohl schwächere als auch stärkere Schülerinnen und Schüler. Voraussetzung für eine gute Bildungspolitik ist eine gute finanzielle Ausstattung. Die im Haushalt eingestellten 2,5 Millionen sind ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Vielfältige soziale Problemlagen an Grund- und weiterführenden Schulen und erhöhter Leistungsdruck an den Gymnasien erfordern den Ausbau der Schulsozialarbeit an allen Schularten, vor allem jedoch an den Grund- und Förderschulen. DIE LINKE fordert deshalb, Schulsozialarbeit flächendeckend auszubauen. Aus diesem Grund haben wir bei den

Haushaltsberatungen beantragt, für 2011/12 zusätzlich sechs Millionen Euro für Schulsozialarbeit (an 200 Schulen) und weitere sechs Millionen Euro für 100 SchulpsychologInnen bereitzustellen.

Der Ausbau der ganztägigen Bildung und

Betreuung an den Schulen ist ein wesentlicher Bestandteil der Grundschulreform. Wir wollen für alle Kinder einen Rechtsanspruch für die Bildung, Erziehung und Betreuung bis 16.00 Uhr. Dieses Angebot soll für alle Kinder und Eltern beitragsfrei sein und ein kostenloses Mittagessen enthalten.

Schülerinnen und Schüler sollen ausreichend Zeit zum Lernen haben. Die Verkürzung der Schuljahre bis zum Abitur (G8) halten wir für den falschen Weg. Schülerinnen und Schüler brauchen Zeit zum Lernen, sie brauchen Zeit, sich kennen zu lernen, sie brauchen Zeit, um ihre schöpferischen Kräfte und Fähigkeiten entwickeln zu können. Sie brauchen Zeit für außerschulisches Engagement, sei es im Sportverein, in sozialen Einrichtungen oder bei ökologischen Projekten. Die Schule sollte alle Kinder mit den Fähigkeiten ausstatten, die es Menschen erlauben, das Leben zu meistern. Die Schule sollte dafür sorgen, dass Kinder aus allen Schichten sich kennen lernen und lernen miteinander auszukommen. Das ist der wichtigste Beitrag der Schule für den sozialen Zusammenhalt....

Zu Frage 7 – Armut: DIE LINKE sieht sich durch die gesellschaftliche Wirklichkeit in ihrer Ablehnung der Hartz-IV-Reformen bestätigt. Die trotz allen bürokratischen Aufwandes schon jetzt gescheiterte Umsetzung des sogenannten Bildungs- und Teilhabepaketes, das einen Großteil der berechtigten Kinder und Jugendliche gar nicht erreicht, belegt dies in aller Deutlichkeit.



Jonny Griese von DIE LINKE Kreisverband Neumünster im Gespräch mit Andreas Böhm

(Foto: Café Jerusalem)

DIE LINKE will diese unsoziale Hartz-IV-Gesetzgebung durch eine armutsfeste Mindestsicherung ablösen, die sanktions- und repressionsfrei ein Leben ohne Armut sowie das Recht auf soziale und kulturelle Teilhabe für alle Menschen gewährleistet.

Aber nicht nur auf der Bundesebene ist eine Politik gegen soziale Ungleichheit möglich und notwendig: Beitragsfreiheit für alle drei Kita-Jahre, kostenloses Mittagessen für alle Kinder in Krippen, Kitas und Ganztagschulen, kostenlose Schülerbeförderung sind Beispiele dafür. Darüber hinaus fordert DIE LINKE den Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs sowie die Einführung eines landesweiten Mobilitäts- und Sozialtickets.

Der Armut auf der einen Seite steht auch wachsender Reichtum auf der anderen Seite gegenüber. 10 Prozent der Bevölkerung in Deutschland haben inzwischen einen Reichtum von 10 Billionen Euro angehäuft. Reichtum und Armut sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Wir brauchen eine große Steuerreform, die die Vermögens-, Erbschafts-, und Einkommenssteuern erhöht. Wer für soziale Gerechtigkeit streitet, muss auch den Mut haben, Reiche stärker zu besteuern.

Zu Frage 8 – Internet: In unserer alltäglichen Arbeit dient das Internet uns zur ergänzenden Informationsbeschaffung, zur Kommunikation via E-Mail, Twitter, Facebook u.ä.. Die vielen Anträge, Umdrucke und Drucksachen sehen die Abgeordneten im Internet ein. Die Sit-

zungen des Parlaments werden mittlerweile über einen Web-Kanal übertragen. Fazit: Das Internet ist in der Politik angekommen - und umgekehrt!

Zu Frage 9 – Informationszugang: Die LINKE will vor allem den universellen Zugang zum Internet ermöglichen: Die digitale Spaltung muss aufgeholt werden. Das Internet ist mittlerweile so wichtig für den einzelnen Menschen, dass es zur öffentlichen Daseinsvorsorge hinzugezählt werden sollte. Aktuell gilt es, die Netzneutralität zu verteidigen. Es darf nicht sein, dass Anbieter einigen finanzstarken Usern schnelle Internetverbindungen verkaufen und Menschen mit wenig Geld dann auch im Internet zu den Verlierern gehören. Trotz Breitbandinitiative sind Teile von SH immer noch Entwicklungsland bei der Internetanbindung. Hier brauchen wir verstärkte Anstrengungen auch der Landesregierung.

Zu Frage 10 – Demokratie ist für mich ...

Jonny Griese: "... der Ausspruch von Rosa Luxemburg: „Die Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden.“ Und das Grundgesetz – was für mich ein sehr hohes Gut ist! Das gilt es zu schützen. Leider wurde an ihm schon zu oft Außerdem wäre ich für eine Verfassung mit Volksentscheid.

Zu Frage 11 – Energieversorgung: DIE LINKE tritt für eine so-

ziale, regionale, demokratische und regenerative Energieversorgung ein. Das atomar-fossile Zeitalter muss schnellstmöglich überwunden werden. Wir fordern:

1. Ein Verbot von Stromabschaltungen für private Haushalte und die Einführung von Sozialtarifen für Hartz IV-Beziehende und Menschen mit niedrigem Einkommen.

2. Die Ausweitung der Fläche für Windenergieanlagen auf 2 Prozent der Landesfläche unter angemessener Beteiligung der Kommunen, Bürgerinnen und Bürger.

3. Auf den energetisch zu sanierenden Liegenschaften des Landes sollen Photovoltaikanlagen installiert werden.

4. Ein Energiewende-Programm des Landes mit dem Ziel, Energie öffentlich und dezentral zu produzieren und den Energieverbrauch zu senken. Den Kommunen soll damit ermöglicht werden, Investitionen in Solarenergie und Windparks oder andere regenerative Energien zu tätigen und die energetische Sanierung der Liegenschaften voranzutreiben. Blockheizkraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung zur Schaffung kurzer Energiewege und hoher Wirkungsgrade sind als Alternative zu Großtechnologien zu fördern.

5. Stadtwerke müssen wieder vollständig in die Hand der Kommunen kommen und gestärkt werden.

Zu Frage 12 – Küstenschutz: Küstenschutz ist für unser Bundesland existenziell. Letztlich brauchen wir weltweite Initiativen, um den Klimawandel zu stoppen. DIE LINKE will aber nicht warten, bis alle

mitmachen. SH soll Vorbild sein bei der notwendigen Energiewende. Gleichwohl müssen schon hier und jetzt die Küsten geschützt werden. Die Deiche müssen einschließlich Ausbaureserven erhöht werden. Aber auch andere Maßnahmen haben große Auswirkungen auf die Sicherheit der Küsten. So birgt das geplante Ausbaggern der Elbe viele Gefahren für den Küstenschutz.

Zu Frage 13 – Landes(!)verfassungsgerichtsurteil: Wir hätten diese Regierung nicht, wenn das Wahlgesetz – übrigens verabschiedet bevor DIE LINKE in den Landtag eingezogen ist – nicht gegen die Verfassung verstoßen hätte. Letztlich will die Parlamentarische Demokratie, dass der Wählerinnen- und Wählerwille sich möglichst genau im Parlament abbildet. Deshalb bekommen die Parteien entsprechend ihrer erreichten Zahl der Zweitstimmen ihre Mandate. Zusätzlich aber gibt es noch die Erststimme, mit der im jeweiligen Wahlkreis die Person in den Landtag gewählt wird, die die meisten Stimmen erreicht hat. Hintergrund ist die These, dass diese direkt gewählten Abgeordneten in erster Linie ihrem Wahlkreis verantwortlich sind und basisnah arbeiten. Wenn nun eine Partei mehr Direktmandate erreicht als ihr eigentlich nach der Anzahl der Zweitstimmen zustehen, kommt das ausgeklügelte System ins Wanken, es entstehen die sogenannten „Überhangmandate“. Eine Partei hat also mehr Mandate erreicht, als ihr eigentlich zustehen.

Diese Überhangmandate müssen ausgeglichen werden. Das alte SH-Wahlgesetz hat den Ausgleich aber begrenzt. Das Ergebnis: CDU und FDP hatten zusammen mehr Mandate als die Oppositionsparteien, obwohl diese ca. 30.000 Zweitstimmen mehr auf sich vereinigen konnten. Dagegen ist DIE LINKE in einer Wahlanfechtungsklage und Grüne und SSW in einer Normenkontrollklage vorgegangen und haben Recht bekommen. Deshalb ist das Wahlgesetz vom Landtag entsprechend der Vorgaben des Verfassungsgerichts verändert worden und wir wählen.

Zu Frage 14 – Politikereigenschaften: Jonny Griese: "Ob ich die Eigenschaften eines „Vollblutpolitikers“ habe, müssen andere beurteilen. Mich hat meine Gewerkschaftstätigkeit stark geprägt. Wie ich entspanne? Wenn ich mit dem Boot raus zum Angeln fahre und auch mal nichts fange. Einfach ein Buch oder drei Zeitungen dabei lese. Ohne Pose geht gar nichts".

Zu Frage 15 – Haushaltskonsolidierung: Zum einen können wir durchaus an der einen oder anderen Stelle Ausgaben reduzieren. DIE LINKE hat bspw. vorgeschlagen, die Diäten der Landtagsabgeordneten um 10% zu reduzieren. Leider hat keine andere Partei dafür gestimmt.

Zum anderen sind wir der Ansicht, dass wir nicht bei den Ausgaben kürzen müssen, also den Rotstift ansetzen müssen. DIE LINKE will vor allem die Einnahmeseite stärken.

Erstens gibt es bei den großen Ausgabenblöcken keinen Spielraum.

Fast alle sozialen Leistungen sind schon jetzt gedeckelt oder wurden weggekürzt, z.B. die Halbierung des Blindengeldes, das Auslaufen des Blindenfonds, die Beteiligung der Eltern an der Schülerbeförderung auf dem Land, das Ende der Beitragsfreiheit im dritten Kita-Jahr, um nur einiges zu nennen. Da ist überhaupt kein Spielraum mehr vorhanden, im Gegenteil: DIE LINKE will die sozialen Grausamkeiten rückgängig machen. Dazu gehört auch, dass die Kommunen endlich wieder die 120 Millionen Euro im Jahr bekommen, die ihnen die Landespolitik seit 2007 jährlich wegnimmt.

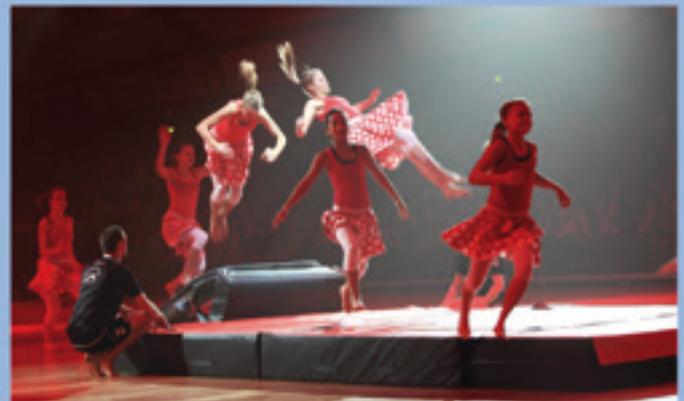
Zweitens wollen alle anderen Landtagsfraktionen beim Landespersonal kürzen. Das betrifft insbesondere die Schulen, über 3.600 Lehrerinnen- und Lehrerstellen sollen bis 2020 wegfallen. Schon jetzt hat SH die wenigsten Landesbediensteten pro Kopf der Bevölkerung. Nun weiter bei der Bildung zu kürzen, halten wir für fatal. Wer an der Bildung kürzt, der verbaut sich die Zukunft.

SH hat zur Zeit ein strukturelles Defizit von ungefähr 1 Mrd. Euro im Jahr. Allein durch eine Vermögenssteuer von 1% auf alle Vermögen über 500.000 Euro hätte Schleswig-Holstein jährliche Mehreinnahmen von ca. 700 Millionen Euro. ... Ausgeglichenere Haushalte sind also kein unerfüllbarer Wunsch, sondern hier und heute real möglich, und zwar ohne jegliche Kürzung.

DIE LINKE.

NEUMÜNSTER DIE SHOW

Holstenhalle
24. November 2012

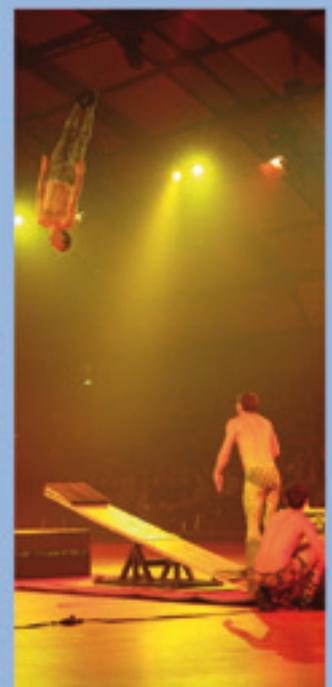


60 Jahre und kein bisschen leise!



Kartenverkauf
Auch und Kneidl

04321/44064-65
www.polizeishow.de



PROVINZIAL

LBS

S

SWN


www.aktion-tu-was.de